Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 159. Dienstag, den 11. Juli 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Vom Schutz der nationalen „Arbeit“.

Daß mit den Zöllen und Verbrauchssteuern, welche die Lebenshaltung des Volkes bis zur Unerträglichkeit belasten, die nationale „Arbeit“ geschützt werden solle, gehört zu den ständigen Agitationsphrasen unserer Gegner. Es ist deshalb von Interesse, einmal an einem bestimmten Beispiel nachzuweisen, was für eine Art von „Arbeit“ sie selbst dabei im Auge haben.

Die nationalliberale Partei, die heutzutage bekanntlich zu den eifrigsten Verfechtern der Zollpolitik gehört, hat im Jahre 1907, also nach der letzten Reichstagswahl, ein politisches Handbuch herausgegeben, in welchem sie zur Begründung der Zölle auf Lebensmittel etwa folgendes zum besten gibt:

Im vergangenen Jahrhundert hat der Ackerbau kolossale Fortschritte gemacht. In 50 Jahren mehr als vordem in einem Jahrtausend. Dank den Arbeiten von Thaer, Liebig und ihren Schülern gelang es, die Landwirtschaft nach wissenschaftlichen Methoden zu betreiben und dadurch ihre Produktivität gewaltig zu steigern. Bei Brotgetreide z. B. schätzt man, daß heute auf der gleichen Fläche rund doppelt so viel geerntet werden kann wie vor 100 Jahren. Und zwar ist dies ein Vorgang, der bis heute noch nicht zum Stillstand gekommen ist. So hat sich die Produktion des Weizens von 1894 bis 1904, also in nur 10 Jahren, von 17 auf 20 Doppelzentner pro Hektar vermehrt, die des Roggens von 13½ auf 16½ Doppelzentner; an Kartoffeln wurden produziert 1880 bis 1889 83 Doppelzentner pro Hektar, dagegen im Durchschnitt der Jahre 1899 bis 1903 132½ Doppelzentner. Diese Steigerung des Ertrags war jahrzehntelang begleitet von einer ebensolchen Steigerung der Preise. Es kostete zum Beispiel die Tonne (20 Zentner):

	1821/30	1831/40	1841/50	1951/60	1861/70	1871/75	
Weizen	131,40	137,40	167,80	211,40	204,60	235,20	Mk.
Roggen	126,80	100,60	123,—	165,40	154,60	179,20	„

Diese Tabelle muß dem aufmerksamen Leser bereits zu denken geben. Sonst ist es in allen Gewerben ziemlich selbstverständlich, daß bei wachsender Produktivität die Preise sinken. Das ist ja auch eigentlich das Natürliche. Denn „wachsende Produktivität“ bedeutet, daß das gleiche Quantum Produkt mit weniger Arbeit und weniger Kraft hergestellt werden kann, daß es also billiger wird. Darin liegt ja der Vorteil wachsender Produktivität für die Gesamtheit, für die Kultur, daß infolge der billigeren Preise um so viel mehr Menschen das Produkt verbrauchen können. In der Tat charakterisiert auch das nationalliberale Handbuch selbst an einer andern Stelle die Bedeutung der Landwirtschaft wie folgt (S. 20):

> Das Gedeihen der Landwirtschaft war unter allen Verhältnissen und fortdauernd von höchster Bedeutung für die Gesamtheit. Eine blühende Landwirtschaft begünstigt eine schnelle Zunahme der Bevölkerung und ermöglicht den andern Gewerben, ihren Bedarf, hauptsächlich an Nahrung, leichter und billiger zu beschaffen als aus dem Ausland.

Das trifft doch aber nur zu, wenn die Preise billig sind. Statt dessen sehen wir, daß umgekehrt gerade die Preissteigerung von 1820 bis 1875 als der segensreiche Zustand gepriesen wird, und daß von dem Moment an, wo die Preise wirklich zu sinken beginnen, sofort Mittel ergriffen werden, um sie künstlich wieder in die Höhe zu schrauben! Es ist demnach gerade die Absicht, die Segnungen höherer Produktivität nicht der Gesamtheit, nicht möglichst vielen Menschen zukommen zu lassen, sondern sie für einen kleineren Kreis zu reservieren. Für welchen? Wer soll nach dem Willen unsrer Staatserhaltenden und Zollfreunde den Vorteil haben? Da wird gesagt: die „Landwirtschaft“. Aber wer ist damit gemeint? Man sollte denken: alle, die in der Landwirtschaft arbeiten. Vor allen Dingen also die Landarbeiter, sodann die Kleinbauern, die kleinen Grundbesitzer. Das nationalliberale Handbuch ist jedoch anderer Meinung. Nachdem es die Steigerung der Preise bis etwa 1875 geschildert, fährt es fort (S. 15):

> Bis um die Wende der 70er Jahre waren auch die allgemeinen Produktionsbedingungen nicht namhaft erschwert, weder im Hinblick auf die steuerliche Belastung noch inbezug auf die Arbeitslöhne. Der kurze Taumel der Gründerzeit hatte wohl den Landarbeiter da und dort mit erfaßt; aber der höhere Arbeitslohn, der ihm zugestanden war, ging rasch wieder verloren. Insoweit also das Roheinkommen vom Ackerbau sich erhöhte, stieg im wesentlichen auch der Reinertrag der Wirtschaft.

Das bedeutet mit andern Worten: das nationalliberale Handbuch sieht einen befriedigenden Zustand der „Landwirtschaft“ dann, wenn auf der einen Seite die Preise für die Produkte hoch sind, auf der andern Seite die Löhne der Landarbeiter niedrig! Hohe Löhne der Landarbeiter betrachtet es als eine „Erschwerung der Produktionsbedingungen“. Zu den Leuten, die von den hohen Preisen Nutzen ziehen sollen, zur „Landwirtschaft“, gehören nach der nationalliberalen Auffassung die Landarbeiter nicht! Wer bleibt dann noch übrig? Nur die Kapitalisten, die für ihr Geld ein Gut gekauft haben und Profit daraus ziehen wollen! Daß es in der Tat so gemeint ist, lehrt folgende Ausführung (auf S. 17 des Handbuchs):

> Je länger vorher die Periode der landwirtschaftlichen Hochkonjunktur angedauert hatte, um so schwerer konnte später der Rückschlag getragen werden, da die Steigerung der Roh- und Reinerträge je länger je mehr begleitet wurde von entsprechender Steigerung der Bodenpreise. Wie immer der nunmehrige Wirtschafter seinen Besitz angetreten hatte, ob durch Erbe oder Kauf — er rechnete mit einem Kapitalwert seines Besitzes, der etwa dem Reinertrag der 70er Jahre entsprach. Und er war doch gehalten, von diesem Kapitalwert die Rente zu erzielen.

Die Bedeutung dieser schönen Stelle ganz zu erfassen, mögen uns einige Zahlen helfen. Nehmen wir an, ein Kapitalist habe seinen Landbesitz im Jahre 1850 von seinem Vater geerbt. Damals kosteten Roggen und Weizen im Durchschnitt etwa 127 Mark die Tonne. Wenn das Gut 1000 Tonnen pro Jahr lieferte, betrug das Bruttoeinkommen des Besitzers 127 000 Mark. Setzen wir nun, um runde Zahlen zu haben, die Produktionskosten auf 100 000 Mark, den Reinverdienst auf 27 000 Mark, so wird der Besitzer etwa sagen — wir nehmen wieder runde Zahlen —: Mein Gut ist mein Vermögen; da es mir 27 000 Mark pro Jahr bringt, und ich rechnen muß, daß mein angelegtes Kapital sich mit 10 Prozent verzinst, so ist mein Gut 270 000 Mark wert. Im Jahre 1875 stirbt der Besitzer, sein Sohn beerbt ihn. Jetzt kosten Roggen und Weizen im Durchschnitt 205 Mark die Tonne. Zudem ist die Produktivität gesteigert, es werden 1200 Tonnen pro Jahr produziert. Der Rohertrag ist 250 000 Mark. Da die Produktionsbedingungen damals noch nicht „namhaft erschwert“ waren, so mögen die Unkosten 125 000 Mark, unsertwegen auch 150 000 Mark betragen haben. Bleibt ein Reinverdienst von 100 000 Mark. Das heißt, das Gut ist jetzt eine Million wert. So übernimmt es der neue Besitzer. Nun beginnen die Kornpreise zu sinken, vielleicht verlangen auch die Arbeiter etwas höhern Lohn. So wird der Reinertrag geringer, er fällt unter 100 000 Mark. Sofort beginnt der Besitzer zu klagen: Mein Gut, das eine Million Mark wert ist, bringt mir keine 10 Prozent mehr. Und ich bin doch gehalten, „von diesem Kapitalwert (1 Million) die Rente zu erzielen“. Und sofort springen ihm die Nationalliberalen und sonstigen Parteien bei, um durch Zölle seine Einnahmen künstlich zu erhöhen.

So zeigen die Darlegungen unserer Gegner selbst, wie der angebliche Schutz der nationalen „Arbeit“ darin besteht, daß die Arbeiter nichts kriegen, den Kapitalisten aber die Profite erhöht werden sollen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Auf den Reichsverband gekommen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das amtliche Organ der Regierung des Herrn v. Bethmann-Hollweg, treibt seit längerer Zeit eine Hetze gegen die Sozialdemokratie, die sich ganz auf dem Niveau des Liebertschen Reichsverbandes bewegt. Bisher hat das Organ des Kanzlers wenigstens den Kampf noch in einer eigenen Aufmachung geführt. Jetzt verzichtet die „Norddeutsche Allgemeine“ darauf, sich die Mühe zu machen, selbst etwas zu produzieren. Sie druckt jetzt einfach die in der Korrespondenz des Reichsverbandes niedergelegten Beschimpfungen nach. Man hat dabei fast den Eindruck, als ob die Korrespondenz des Reichsverbandes von einer gewissen Seite bedient wird und so gewissermaßen als Ablagerungsstätte für Angriffe dient, für die man amtlicherseits keine Verantwortung übernehmen kann und will. Diesmal drehte es sich um den Kampf im Hansabund und auch hier stützt sich das Organ des Kanzlers auf die bereits erwähnte Korrespondenz des Reichsverbandes. Der Passus, der den Beifall des Bethmann-Blattes gefunden hat, lautet:

> „Seiner Kampfrede setzte Rießer die Krone auf durch die unter stürmischem Beifall abgegebene Erklärung, „man erkenne hier immer noch nicht, wie hinter den Kulissen und ganz im Stillen die Sammlung gegen die Sozialdemokratie mehr und mehr in eine Sammlung aller bodenständigen und rückständigen Elemente gegen das vorwärts strebende Bürgertum sich verwandelt habe. Man wolle vielfach nicht sehen, wie sehr uns jener immer sich konsolidierenden gegnerischen Sammlung gegenüber statt politischer Eunuchen ganze Männer nötig sind, erfüllt von ihrer Pflicht, alles Trennende zurückzustellen und nicht um kleiner Differenzen willen die dringende notwendige Einigung aller in dem großen Ziele einigen Elemente zu gefährden.“ Rießer hat es damit gewagt, alle von Patriotismus und Gemeinsinn, von Liebe zum deutschen Bürgertum erfüllten Männer, die die antinationale Sozialdemokratie aus vollster Überzeugung bekämpfen, um gerade den Einfluß des deutschen Bürgertums zu erhöhen, um dem verderblichen Klassenkampfe entgegenzutreten und große nationalgesinnte Volksschichten aus dem sozialdemokratischen Terrorismus und aus den Fesseln der Unfreiheit zu befreien, als „bodenständige und rückständige“ Elemente, als „politische Eunuchen“ zu beschimpfen. Gegen eine solche — milde ausgedrückt — Entgleisung muß jeder deutsch gesinnte Mann, der die Sozialdemokratie für den Todfeind unserer nationalen Entwickelung ansieht, aufs schärfste Widerspruch erheben.“

In den langen Ausführungen wird dann eindringlich betont, daß das Bürgertum zusammenstehen müsse, denn je drohender das Proletariat seine Machtstellung geltend mache, je unheilvoller die revolutionäre Bewegung an Boden gewinne, desto nötiger sei es, daß dem proletarischen Massenwillen der einheitliche Wille des geeinten schützenden Bürgertums gegenübergestellt werde. Und aus Eigenem fügt dann die „Nordd. Allgem. Zeitung“ noch hinzu:

> „Wir möchten unsererseits hinzufügen, daß nur durch festes Zusammenstehen des Bürgertums der Sozialdemokratie ein Gegengewicht geboten werden kann, das eine genügend starke Anziehungskraft auszuüben vermöchte, um Mitläufer oder irregeleitete Nachläufer der Sozialdemokratie für eine gesundere Auffassung von den Aufgaben und Möglichkeiten der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zurückzugewinnen,“

Zur Marokko-Affäre.

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht eine ihr aus Tanger zugegangene Nachricht, die besagt:

> „Sämtliche hier ansässigen einflußreichen Leute aus dem Sus haben an den hiesigen deutschen Gesandten einen Brief geschrieben, worin sie ihr Einverständnis und ihre Genugtuung darüber erklären, wenn Deutschland das Sus unter seinen Schutz stellen sollte.“

Fast gleichzeitig veröffentlichte auch die „Tägliche Rundschau“ zwei angebliche Briefe eines einflußreichen Marokkaners, die auf den gleichen Ton gestimmt sind. Die Echtheit der Briefe ist natürlich nicht zu kontrollieren, daß solche Briefe geschrieben worden sind, mag sogar richtig sein. Es fragt sich blos, wer diese Briefe bestellt hat und was dieser neueste Trick den Marokko-Interessenten gekostet haben mag. Wenn die angeblich so sehr nach deutscher Herrschaft sich sehnenden Marokkaner eine Ahnung davon hätten, wie mit den Hereros umgesprungen wurde, sie würden diese Sehnsucht gewiß sofort fallen lassen.

Ein anderes Register zieht die „Post“. Sie läßt sich von einem „militärischen Fachmann“ schreiben, daß man in militärischen Kreisen der schwarzen Armee Frankreichs eine nicht unerhebliche Bedeutung beimißt:

> „Frankreich könne im Laufe eines Jahrzehnts eine Armee von 90 000 Negern und 400 000 Arabern auf die Beine bringen, wenn es will und wenn wir es ihm in unserer unglaublichen Blindheit gestatten. Ist aber Marokko wirklich selbständig, oder haben wir in Marokko festen Fuß gefaßt, ist Frankreich nicht imstande, im Kriegsfalle seine schwarzen Armeekorps an den Rhein zu führen. Daher ist es die bloße Pflicht der Selbsterhaltung, wenn wir mit allen Mitteln verhindern, daß Frankreich Herr in Marokko wird“.

Demgegenüber sei doch betont, daß maßgebende Personen der Heeresverwaltung bei einer bestimmten, hier nicht näher zu erörternden Gelegenheit sich über den Wert dieser farbigen Truppen im Falle eines europäischen Krieges recht abfällig geäußert haben. Das Urteil dieser Fachleute schätzen wir doch etwas höher ein, als das Urteil eines „Fachmannes“, der den Marokko-Interessenten gefällig sein will.

Die Rache des Lederkönigs.

Der aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion ausgetretene, sich aber immer noch als nationalliberal bezeichnende Abg. Freiherr von Heyl zu Herrnsheim kann es nicht verwinden, daß ihn der Abg. Dr. Stresemann in einer Versammlung in Mainz heftig angegriffen hat. Dem Abg. Stresemann kann der Gewaltige von Worms wahrscheinlich nicht beikommen, deshalb läßt er seinen ganzen Zorn einem der Diskussionsredner in der fraglichen Versammlung, den Rechtsanwalt Dr. Pagenstecher fühlen. Dieser Herr war bis jetzt juristischer Vertreter der Heylschen Lederwerke und zog aus dieser Beschäftigung jährlich einen Verdienst von etwa

40 000 Mk. Abg. Heyl zu Herrnsheim hat dem Rechtsanwalt Pagenstecher die juristische Vertretung nunmehr entzogen. Der allgewaltige Lederkönig weiß aber auch zu belohnen. Eine Anzahl Wormser Volksschullehrer hatten an einem Kursus des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie teilgenommen und waren dieserhalb scharf kritisiert worden. Wie nun dem „Berliner Tageblatt" aus Worms geschrieben wird, hat der Abg. Heyl zu Herrnsheim diesen Lehrern Nebenverdienste in seinen Geschäften (durch Leitung von Gesangvereinen usw.) zugewiesen. Jedenfalls hat der Abg. von Heyl keine Lust, seinen nationalliberalen „Freunden" die Bahn frei zu machen, vielmehr gedenkt er, den Kampf gegen sie in aller Schärfe zu führen.

Eine Friedenskundgebung.

Das marokkanische Abenteuer findet das deutsche wie das französische Proletariat in gleicher Weise auf der Wacht. Wie die deutsche, so weist die französische Arbeiterklasse mit Abscheu den Gedanken von sich, daß wegen kapitalistischer Bereicherungsinteressen die großen Kulturnationen in kriegerische Abenteuer verwickelt werden könnten.

Aus Paris wird gemeldet:

Die „Humanite" veröffentlicht eine Resolution der Verwaltungskommission der geeinigten Partei. Die Kommission erklärt, daß die Französische Sektion der Internationale bereit sei, gemäß den Beschlüssen des Internationalen Sozialistischen Kongresses sich nötigenfalls mit allen Mitteln dem Ausbruch eines brudermörderischen Krieges zu widersetzen.

Die Kommission wird an den am Sonntag zusammentretenden Generalrat der Partei die Aufforderung richten, die Erklärung abzugeben, daß Marokko nicht die Knochen eines einzigen französischen Arbeiters wert ist. Sie wird den Generalrat auffordern, eine energische Aktion der gesamten Partei zu beschließen, um die Regierung zu jenen Maßregeln zu zwingen, die die Sicherung des Friedens verbürgen.

Die Initiative unserer französischen Bruderpartei wird von der deutschen Sozialdemokratie mit den Gefühlen wärmster Sympathie und freudiger Genugtuung aufgenommen. Sind doch diese Beschlüsse getragen von dem Bewußtsein der innigen Gemeinschaft, die uns in unverbrüchlicher Solidarität mit unseren französischen Kampfgenossen verbindet. Unsere Freunde können dessen gewiß sein, daß die deutsche Arbeiterklasse denkt wie sie:

Marokko ist nicht die Knochen eines einzigen französischen, nicht die Knochen eines einzigen deutschen Arbeiters wert!

Unter falscher Flagge.

Staatssekretär Delbrück hat im vorigen Monat den „vorbereitenden Ausschuß für die Gründung eines Reichsdeutschen Mittelstands-Verbandes" empfangen und bei dieser Gelegenheit sein Interesse für die neue Gründung zum Ausdruck gebracht. Die „Deutsche Montagszeitung" macht nun gegen diese neue Gründung ziemlich schroff Front mit dem Hinweis darauf, daß es sich lediglich um eine neue Filiale des Bundes der Landwirte handle. Das sei zu schließen aus den leitenden Persönlichkeiten. Der Generalsekretär der neuen Organisation, Fahrenbach, ist konservativ-antisemitischer Agitator, Oberjustizrat Kühlmorgen gehört der antisemitischen, sächsischen Mittelstandsvereinigung an, Schornsteinfegermeister Conradt-Breslau ist bündlerisch-konservativer Agitator in Schlesien und wissenschaftlicher Berater ist der bekannte „Wissenschaftler" des Bundes der Landwirte, Professor Ruhland. Man hat es also mit einer Gründung zu tun, die die Handwerker dem Bund der Landwirte als Stimmvieh zuführen soll. Die „Deutsche Montagszig." bemerkt dazu:

„Natürlich gehen jetzt die Herren vom vorbereitenden Ausschuß herum und verkünden aller Welt, daß ihnen der Schutz und das Wohlwollen der Reichs- und Staatsbehörden sicher ist. Mancher wird sich dadurch vielleicht für die Agrarier einfangen lassen, der an sich die agrarische Wirtschafts- und Steuerpolitik für ein Unheil hält. Agrarische Parteipolitik unter hoher obrigkeitlicher Sanktion — das ist es, was wir jetzt wieder erleben und was so schlecht zu dem Programm des Reichskanzlers paßt, daß er und seine Regierung „über den Parteien" stehen. In Wirklichkeit sehen wir auch hier wieder die Regierung in einer bedauerlichen Abhängigkeit von den Agrariern"

Wie immer!

Zur marokkanischen Frage

meldet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und mit ihr die Berliner Abendblätter in gleichem Sinne von dem Ergebnis einer Verhandlung zwischen dem französischen Botschafter und dem deutschen Staatssekretär. Danach hat der französische Botschafter Jules Cambon den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter in dessen Wohnung aufgesucht, um eine Aussprache über die marokkanische Angelegenheit herbeizuführen. Die Aussprache beider soll ergeben haben, daß keinerlei Anlaß zur Beunruhigung vorliege, daß vielmehr auf beiden Seiten der aufrichtige Wunsch besteht, sich über etwaige Differenzen zu verständigen.

Der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter habe aber dem französischen Botschafter nicht etwa die Zusicherung gegeben, daß die deutsche Regierung ihr Kriegsschiff aus Agadir zurückziehen werde. Ein solches Verlangen etwa zu stellen habe sich der französische Botschafter auch nicht unterfangen, in der Befürchtung, eine Absage zu erhalten.

Landtagsschluß und Landtagswahl in Hessen.

Am Freitag mittag schloß in Darmstadt der 34. hessische Landtag seine Pforten. Am 3. November wird voraussichtlich der neue Landtag gewählt, zum erstenmal unter dem neuen Wahlgesetz, das an Stelle der indirekten die direkte Wahl der Abgeordneten durch die Wähler setzt. Diese Neuerung kommt in den Wahlkreisen mit ländlicher Bevölkerung oder kleinen Städten der Sozialdemokratie gewiß zugute, denn die Beschaffung der Wahlmänner war doch schwer, oft ganz unmöglich. Aber Zentrum, Bauernbündler und Nationalliberale haben im hessischen Landtage dafür gesorgt, daß diesem Vorteile aus der Wahlreform durch das Pluralwahlrecht (Alterstimme), erschwerte Erwerbung des Wahlrechts und Steuerrückstandsklauseln ganz erhebliche Nachteile für die Arbeiterwähler und damit für die Sozialdemokratie erstanden. Auch eine raffinierte Neueinteilung der Wahlkreise ist darauf berechnet, der Vermehrung sozialdemokratischer Landtagsmandate entgegenzuwirken. Schließlich ist die alte reaktionäre Bestimmung erhalten geblieben, die alle drei Jahre nur die Erneuerung einer Hälfte der Landtagsmandate gestattet und so eine gründliche Umgestaltung der Mehrheitsverhältnisse im Landtage entsprechend der etwa herrschenden politischen Stimmung der Wählermassen einfach unmöglich macht.

Trotzdem sich die herrschenden Parteien im „liberalen" Hessen also sehr gut gesichert haben, können sie doch die lähmende Furcht vor dem Ausgang der kommenden Landtagswahlen nicht loswerden.

Im Gegensatz zu den anderen süddeutschen Landtagen ist der hessische vollständig „verpreußt", seine gesetzgeberischen Leistungen sind derart reaktionär, daß sie sich den Leistungen des preußischen Abgeordnetenhauses ruhig an die Seite stellen können. Zu der schmachvollen Wahlreform kommt die vollständige Preisgabe der Rechte der zweiten Kammer der Volksvertretung an die erste, die Kammer der Standesherren. Nachdem man die Zustimmung dieser zur Wahlreform durch Bewilligung der entscheidenden Mitwirkung der ersten Kammer an der Budgetgestaltung sowohl, wie an allen sonstigen Gesetzen erkauft hatte, durfte man sich nicht wundern, wenn die erste Kammer unter der Führung des Freiherrn von Heyl die neuen Machtmittel rücksichtslos ausnutzte. Das zeigte sich bei der vom Landtag verabschiedeten Reform der Städteordnung und Landgemeindeordnung ebenso wie bei der Reform der Gemeindesteuern.

Auf der anderen Seite hat der nun verflossene Landtag in der unbedingt notwendigen Regelung der finanziellen Verhältnisse des Landes völlig versagt. Hessen steht, dank der preußisch-hessischen Eisenbahnbemeinschaft, dicht vor der Pleite. Kein anderer deutscher Bundesstaat seufzt unter einer ähnlich drückenden Schuldenlust. Nur eine Anderuug jenes unheilvollen Vertrages mit Preußen, eine wesentliche Erhöhung des hessischen Anteiles am Reingewinn, kann Hessen vor dem finanziellen Ruin bewahren. Die herrschende Mehrheit wagt aber nicht das geringste gegen Preußen, den schützenden Hort vor der andrängenden roten Flut, zu unternehmen. Dabei ist der hessische Staat so von Mitteln entblößt, daß es nicht möglich ist, den unteren staatlichen Beamten, die noch nach den aus dem Jahre 1898 stammenden Besoldungsregeln bezahlt werden, eine dringend nötige Aufbesserung zu gewähren, ohne das alljährliche Defizit von mehreren Millionen Mark um eine weitere Million zu erhöhen.

Finanziell wie politisch sind die Herrschenden im hessischen Musterländle also bankerott. Die starke Mißstimmung weitester Kreise im Lande wird bei den kommenden Landtagswahlen gewiß ihren Ausdruck finden in der Vermehrung vor allem der sozialdemokratischen, zum Teil auch der freisinnigen Stimmen. Der hessische Linksliberalismus hat sich in der Kritik der politischen Zustände in den letzten Jahren immer an der Seite der Sozialdemokraten gehalten, auch bei den letzten Landtagswahlen 1908 mit der Sozialdemokratie gemeinsam operiert, ohne bei seiner geringen Anhängerzahl nennenswerte Erfolge zu erzielen. Wirklich demokratisch gesinnte Bürgerliche gibt es auch in Hessen nur wenige. Die Taktik der hessischen Sozialdemokratie geht diesmal dahin, im ersten Wahlgange überall selbständig vorzugehen. Eine vom Landesvorstand dieser Tage berufene Vertrauensmännerkonferenz beschloß, von einem gemeinsamen Vorgehen mit dem Freisinn abzusehen und überall sozialdemokratische Kandidaten aufzustellen. Diese erste Wahl unter dem neuen Wahlrecht soll uns im ganzen Lande, soweit es an der Wahl beteiligt ist, unsere Stärkeverhältnisse zeigen. Ein zwingender Grund zum sofortigen gemeinsamen Vorgehen mit dem Freisinn liegt diesmal nicht vor, ungleich 1908, wo es galt, die Bildung einer reaktionären Zweidrittel-Mehrheit zum Zustandekommen der Wahlreform zu verhüten. Für die Stichwahlen ist dagegen auch diesmal dem Landesvorstand das Recht gegeben, Parolen auszugeben, wo es gilt, einen Reaktionär zu werfen. Auch der am 26. und 27. August in Worms tagende hessische Landesparteitag wird sich mit diesen Fragen noch beschäftigen. Mit frischem Kampfesmut geht die hessische Sozialdemokratie in den kommenden Landtagswahlkampf hinein, der jedenfalls auch eine treffliche Vorübung für die dann kommenden Reichstagswahlen abgeben wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 11. Juli.

Der Streik der Tapezierer ist noch nicht beendigt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Achtung Maler! Bei der Firma W. Nisel in Schlutup sind die Kollegen in den Streik getreten. Zuzug nach dort ist strengstens fernzuhalten.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter! über die Arbeiten des Unternehmers Beth in Badendorf ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt.

Die Zweigvereinsleitung.

Achtung, Klempner und Installateure! Die bürgerliche Presse verbreitet die Nachricht, daß der Streik der Klempner und Installateure und deren Hilfsarbeiter in Kiel beendet sei. Dies trifft nicht zu und ist der Zuzug von Klempnern, Installateuren und Hilfsarbeitern nach wie vor von Kiel auf das strengste fernzuhalten.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 17. Juli 1911, vormittags 10 Uhr statt.

Die Bürgerschaft hielt gestern abend eine fast sechsstündige Dauersitzung ab, die erst gegen Mitternacht ihr Ende fand. Die Zuhörertribüne war besonders von pensionsberechtigten Hilfsarbeitern stark besetzt, die den Beratungen über die sie angehende Senatsvorlage mit regem Interesse folgten. Zunächst wurde die Wahl eines ersten Wortführer-Stellvertreters vorgenommen. Dem Beschlusse der Vorversammlung gemäß wurde Herr Dr. Eichenburg gewählt. Unsere Fraktion gab weiße Zettel ab. Dann gelangte die vom Senat beantragte Besoldungserhöhung der Hilfsarbeiter zur Verhandlung. Mit Hilfe der Sozialdemokraten, die durch unsern Genossen Stelling wiederholt warm eine über den Senatsantrag hinausgehende Aufbesserung der Bezüge der Hilfsarbeiter befürworteten, gelang es, den Antrag Köster auf Erhöhung des vorgeschlagenen Endgehalts um 200 Mk. durchzusetzen.

Bei dem Senatsantrag betr. Errichtung eines Brausebades in der zweiten St.-Lorenz-Schule schnitt Genosse Ehlers die Frage der Aufhebung der Freibadeanstalten an und ersuchte um Wiederherstellung des früheren Zustandes. Der Senat will später darauf zurückkommen. Mehr Dampf bei der geplanten Errichtung einer Ruhelohnkasse für städtische Arbeiter und Verbindung derselben mit einer Hinterbliebenenversorgung wünscht Genosse Löwigt anläßlich des Erlasses eines Gesetzes betr. die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Senatsmitglieder.

Schließlich gelangte, größtenteils unter Ausschluß der Öffentlichkeit, der Bau einer elektrischen Bahn von Lübeck nach Schwartau zur Verhandlung. Das Endergebnis war, daß der Antrag mit einigen Abänderungen des Vertrages zwischen Lübeck und der Gemeinde Schwartau nach langer Debatte Annahme fand.

Einen Antrag auf Änderung des Wahlrechts zur Lübecker Bürgerschaft hat die sozialdemokratische Fraktion gestern durch den Genossen Dr. Schlomer dem Wortführer der Bürgerschaft überreicht. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr einen Gesetzentwurf entgegenzubringen, durch den für die Wahlen zur Bürgerschaft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Lübecker Staatsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts vom vollendeten 20. Lebensjahre an eingeführt wird. — Der Antrag dürfte in einer der nächsten Bürgerschaftssitzungen zur Verhandlung kommen.

Die Angst vor dem Zentrum hat nach der Erzbergerschen Erklärung: „Mit unserer Hilfe wird kein Liberaler in den Reichstag einziehen" die Lübecker Liberalen ergriffen. Das „Lübecker Tageblatt" würgt sich einen Artikel ab, in dem es heißt:

„Wir wissen, daß unsere katholischen liberalen Mitbürger auf das Wort Erzbergers hin ihre Gesinnung nicht wechseln werden. In dem konfessionell so toleranten Lübeck — wir denken dabei an die Verhandlungen von Senat und Bürgerschaft — hat das Hetzwort seinen Zweck verfehlt. Wir schätzen unsere katholischen Mitbürger hoch genug ein, um anzunehmen, daß der Appell Erzbergers in Lübeck spurlos verhallt. Wir glauben auch nicht, daß Herr Pfarrer Köster, der in öffentlicher politischer Arena seinen Glaubensgenossen die Wahl des Liberalen empfohlen hat, sich heute auf Erzbergers Standpunkt zu stellen vermag. Wenn sich auch draußen im Lande der politische Wind gedreht haben mag, hier in Lübeck herrscht Einigkeit und Bürgertum. Niemand fragt nach des anderen Glaubensbekenntnis. Aber Erzberger sagt: „Du bist katholisch, darum sollst du nicht liberal wählen!" Das ist eine häßliche niedrige Intoleranz, die kannten wir bisher in Lübeck nicht, die wollen wir auch in Lübeck nicht dulden, ob wir evangelisch, katholisch oder jüdisch sind. — Als Liberale ehren wir die gegnerische Überzeugung, sie um des Glaubens willen jemand zu nehmen, ist eine sträfliche Zumutung, die unsere katholischen Mitbürger sich innerlich entschieden verbitten."

Hinter diesen toleranztriefenden Phrasen verbirgt sich nur schlecht die schlotternde Furcht vor dem endgültigen Abfall der schwarzen Zentrumsbrüder von dem angeblich geeinigten Bürgertum. Die Zahl derjenigen hiesigen Katholiken, die hinter den sogenannten Liberalen herlaufen, ist außerordentlich gering. Aber das Zentrum, das sein Schäflein am Band hat, kann als Bundesbruder von Nutzen sein, wenn der Geistliche seine Getreuen die Marschroute für die Liberalen vorschreibt. Deshalb benehmen sich die Liberalen so jämmerlich und flehen „unsere katholischen Mitbürger" alias Zentrum und besonders den Pfarrer Köster an, um Gottes willen bei ihnen zu bleiben. Reichsverband und Zentrum geben doch den „vereinigten bürgerlichen Parteien" erst das erforderliche anmutige Gepräge. Übrigens haben am Sonntag anläßlich eines freisinnigen Parteifestes gleich ein Vierteldutzend Redner, darunter Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten, den Erzbergerschen Angriff mit mehr oder weniger großen Redensarten zu parieren versucht. Daß das liberale Wettrennen um die Gunst der Lübecker Katholiken, von denen sich übrigens ein recht erheblicher Teil erfreulicherweise zur Sozialdemokratie bekennt, von nennenswerten Erfolgen begleitet sein wird, ist schwerlich anzunehmen, selbst wenn Köster seinen Segen dazu geben wollte.

Schiffsverluste im Mai. Nach den Listen des Bureau Veritas sind im Mai 26 Dampfer mit 61 162 Br.-Reg.-T. und 49 Segelschiffe mit 22 642 Netto-Reg.-T. vollständig verloren gegangen. Unter den Dampfern befinden sich 2, unter den Segelschiffen 3 deutsche. Von den Dampfern sind 7 gestrandet, 6 durch Kollision verloren gegangen, 2 sind gesunken und 11 sind zum Abbruch verkauft. Von den Segelschiffen sind 18 gestrandet, 5 durch Kollisionen und 3 durch Feuer verloren gegangen, 3 sind gesunken, 2 abandonniert, 1 ist kondemniert, 14 sind zum Abbruch verkauft, und 3 sind verschollen. — Außer diesen Totalverlusten hatten noch 335 Dampfer und 103 Segelschiffe im Mai Havarien. Von den Dampfern waren 86 auf Strand, 134 hatten Kollisionen, 28 hatten Feuer an Bord, 2 waren leck gesprungen, 29 hatten im schweren Wetter Beschädigungen erhalten und 56 erlitten Maschinen- oder Kesselschaden. Von den Segelschiffen waren 21 auf Strand, 35 hatten Kollisionen, 14 waren leck gesprungen und 33 hatten in schwerem Wetter Beschädigungen erhalten.

Eine Karambolage des Automobils des Herrn Dr. Gosch mit einem jugendlichen Radfahrer ereignete sich gestern abend an der Ecke Königstraße und Fleischhauerstraße. Dem energischen, kaltblütigen Bremsen des Chauffeurs ist es zuzuschreiben, daß kein größeres Unglück geschehen ist, indem er geschickt das Auto aufs Trottoir lenkte und am Hause Klötzen auflief, sonst wäre ohne Zweifel der Radfahrer überfahren worden. Verletzungen sind auf beiden Seiten nicht zu verzeichnen. Das Auto wurde jedoch an der vorderen Achse stark beschädigt.

* **In die Wakenitz gesprungen und ertrunken** ist heute morgen gleich nach 6 Uhr eine anscheinend dem Arbeiterstande angehörende Frau in den 20er Jahren. Arbeiter der städtischen Baumschule hatten den Vorgang beobachtet und holten den Bademeister der Falkenwiese-Badeanstalt, Wiese, herbei. Dieser zog die Frau aus dem Wasser und stellte Wiederbelebungsversuche an, die aber erfolglos blieben. In dem Trauring der Ertrunkenen befand sich der Name Maßen und die Jahreszahl 1908.

Der wegen Raubmordes und versuchter Erpressung zum Tode verurteilte Handlungsgehilfe Hartmann stand heute in der gleichen Sache zum zweiten Male vor den Lübecker Geschworenen, nachdem das Reichsgericht das Urteil vom 25. April wegen eines Formfehlers in der Fragestellung aufgehoben hatte. Der Tatbestand der Anklage ist kurz fol-

gender: Der 20jährige Angeklagte hat am 18. November 1910 das Fräulein Sophie Jensen in der Kronsforder Allee durch Drohung aufgefordert, ihm 8000 Mark zu geben und hat sie bei dieser Gelegenheit erschossen. Hartmann verkehrte zunächst in Dortmund viel in Kneipen bis nachts 3 und 4 Uhr; mitunter kam er gar nicht zu Bett. Die 110 Mk. Monatsgehalt reichten zu dem flotten Leben mit Weibern bald nicht mehr aus. Der liederliche Lebenswandel verjagte ihn aus der Stellung. Hartmann verließ Dortmund und begann seine Wiederherstellung der Finanzen mit einem Bettelbriefe an eine Dame, die ihm 100 Mk. geben sollte, damit er nach Berlin fahren und sich Stellung suchen könne. In Berlin lebte er wieder flott, ging dann nach Schwerin, und nachdem seine Mutter sich in Lübeck niedergelassen hatte, zog H. auch nach Lübeck. Weil seine Mutter keinen Platz hatte, nahm er anderwärts Wohnung. In Lübeck will er sich um Stellung bemüht haben, verkehrte viel in der Lesehalle und durchstöberte die Zeitungen und Journale. Mittlerweile drängten die Gläubiger, denen er 150 Mk. schuldete. Von diesen Schulden erzählte H. seiner Mutter nichts. Er kam schließlich auf den Gedanken, sich Geld zu verschaffen und nahm das Adreßbuch zur Hand, aus dem er sich die Namen von Rentiers aussuchte. Frl. Jensen schien ihm für die beabsichtigte Gelderpressung am geeignetsten. Zur Bekräftigung dieser Erpressung kaufte er sich einen sechsläufigen Revolver; das Geld hierzu verschaffte er sich durch den Verkauf von Kleidungsstücken. Nur um Schrecken einzujagen, will er den Revolver gekauft haben. Um Patronen kaufen zu können, stahl er dann seiner Mutter drei Mark. Dann schrieb er an Fräulein Jensen den Brief um Unterstützung. Dieser Brief, den die Ermordete bei ihrem Tode krampfhaft in der Hand hielt, wurde verlesen. Durch diesen wollte H. seiner Erpressung nur Nachdruck verleihen; die Absicht der Ermordung will er nicht gehabt haben. Die Verhandlung, die bei Redaktionsschluß noch nicht zu Ende geführt war, gab im Wesentlichen das gleiche Bild wie am 25. April. Über den Ausgang des Prozesses werden wir morgen berichten.

Handelsregister. Am 7. Juli 1911 ist eingetragen bei der Firma Johs. Tralow in Lübeck: Das Geschäft mit der Firma ist durch Kauf auf den Kaufmann F. Kauffeld und dessen Ehefrau A. H. Ch. geborene Bünning, beide in Lübeck, übergegangen. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 28. April 1911 begonnen. Der Übergang der bis zum 27. April 1911 begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Gesellschaft ist ausgeschlossen. Am 10. Juli 1911 ist eingetragen 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Sal. L. Cohn in Lübeck: Die Prokura des Isidor genannt J. Heinberg in Lübeck ist erloschen; 2. die Firma Fischhalle Hansa Theodor Otte, Lübeck. Inhaber: H. A. Th. Otte, Kaufmann in Lübeck.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 10. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 20, Luft 17; morgens 10 Uhr: Wasser 20, Luft 20; mittags 12 Uhr: Wasser 20, Luft 22; abends 6 Uhr: Wasser 20, Luft 21 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 650 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 500 weibliche Personen.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Der morgige Abend, der Henrik Ibsens: „Der Volksfeind" zur Darstellung bringt, beansprucht das Interesse aller Kunstfreunde. Durch die besonders große Zahl der Mitwirkenden ist eine Aufführung des idealsten Werkes des nordischen Dichters immerhin ein seltenes Ereignis. Nachdem zahlreiche Proben unter Pichons Leitung stattgefunden, alle szenischen Schwierigkeiten überwunden sind, steht der Ibsen-Gemeinde heute ein gediegener Genuß bevor, den sich niemand entziehen und entgehen lassen sollte. — Donnerstag steht zum 3. Male die lustige Operette: „Nanon, die Wirtin vom goldenen Lamm" auf dem Spielplan.

---

e **Stockelsdorf.** Der Sozialdemokratische Verein hält am Donnerstag, dem 13. Juli, im Gesellschaftshaus L. Paetau-Fackenburg seine Monats-Versammlung ab. Da eine reichhaltige Tagesordnung, Wahl des Ortsvorstandes, Anträge zur General-Versammlung, sowie Wahl von drei Delegierten zur General-Versammlung usw. vorliegt, steht zu erwarten, daß die Genossen und Genossinnen zahlreich sich an diese Versammlung beteiligen. Pflicht jedes Mitgliedes wäre es, zu erscheinen. — Wenn zwei dasselbe tun.... Sonderbar ist es, daß dem Radfahrverein „Planet" am letzten Sonntag wegen der Maul- und Klauenseuche das Sommerfest verboten war, dagegen fand bei Thamsen ein Sommerfest der ehemaligen Kavalleristen statt. Ja Bauer, das ist ganz was anderes.

Schwartau. Das Gewerkschaftsfest, das am Sonntag die hiesigen Gewerkschaften im Riesebusch feierten, nahm einen nach jeder Richtung hin glänzenden Verlauf. Nachdem die Lübecker Teilnehmer in drei vollbesetzten Dampfern hier angelangt waren, bewegte sich der imposante Zug unter Begleitung von drei Musikkapellen und unter Mitführung von 12 Fahnen und Bannern durch die festlich geschmückte Lübecker Straße nach dem Festplatz. Sodann begrüßten unsere Arbeitersänger die Erschienenen durch ein Kampflied, worauf Genosse Stelling-Lübeck die Festrede hielt. In derselben wies er auf das erfreuliche Wachstum der Gewerkschaften hin, geißelte scharf das Bestreben der Scharfmacher und der Regierung, die durch Gewaltmaßnahmen die Gewerkschaften knebeln wollen und beleuchtete das Treiben der Kriegshetzer. Seine Mahnung, neben der gewerkschaftlichen Propaganda auch die politische Aktion nicht zu vernachlässigen, fand ungeteilte Zustimmung. Nach einem Schlußlied der Arbeitersänger erging sich die Masse auf dem herrlich gelegenen Festplatze, wo für Unterhaltung aller Art ausreichend gesorgt war. In später Abendstunde wurde der Rückmarsch angetreten. Und jeder schied in dem Bewußtsein, einen herrlichen Tag verlebt zu haben.

Herrnburg. Der Wahlverein Herrnburg und Umgegend hielt am Freitag seine Generalversammlung ab. Es wurde vom Vorsitzenden der Geschäftsbericht verlesen, welcher leider etwas mager ausfiel, weil nur Mitgliederversammlungen stattfanden und sich der Verein viel mit der Lokalfrage aufhalten mußte. Öffentliche Versammlungen haben im letzten Jahre nicht stattgefunden, weil die Wirte sich weigern, ihre Lokale zu dem Zwecke herzugeben. Bei der Vorstandswahl wurden die Genossen Löftström und Schmidt als Vorsitzende, Mager als Kassierer, Kreutzfeld als Schriftführer, sowie die Genossen Hilmer und Dittmann als Beisitzer gewählt. Die Abrechnung konnte noch nicht verlesen werden, weil der Kassierer im Palinger Bezirk nicht rechtzeitig abgerechnet hat. Der Verein zählt heute an Mitgliedern 95. Zur Kreiskonferenz nach Neubrandenburg wurde Genosse Schmidt delegiert. In die Diskussion der Lokalfrage griff auch der Parteisekretär Kröger-Rostock, welcher inzwischen erschienen war, ein. Man einigte sich dahin, daß zwei Genossen mit Kröger nach dem Wirte Dechow gehen sollen, um ihn zu ersuchen, nächstens sein Lokal zu einer öffentlichen Versammlung herzugeben.

J. Gutin. Eine gutbesuchte Parteiversammlung fand am Sonnabend im Vereinslokale von Knickrehm statt. Genosse Rebenstorf als Kassierer erstattete den Quartals- sowie Jahresbericht. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß eine Einnahme von 706,15 Mk. und eine Ausgabe von 535,58 Mk. zu verzeichnen war. Der Ortsverein zählt 142 männliche und 6 weibliche Mitglieder. Als Delegierter wurde Genosse Junge gewählt. Ferner wurden verschiedene Anträge zu der bevorstehenden Generalversammlung in Stockelsdorf gestellt. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung. Genossen und Genossinnen, unsere Parole muß lauten: Frisch ans Werk! nicht verzagt, freudiger wie bisher weiterarbeiten und agitieren, denn es stehen noch Hunderte unserer politischen Organisation fern, die noch dafür gewonnen werden müssen, um für die große Sache des Proletariats zu kämpfen.

Hamburg. Eine verhängnisvolle Kollision ereignete sich am Sonntag abend Ecke Holzdamm und An der Alster. Der hier bei seinen Eltern zu Besuch weilende Seminarist Bruno Brecht, der das Seminar in Uetersen besucht, wurde mit seinem Fahrrad von einem Automobil überfahren, wobei er einen Schädelbruch erlitt, dem er bereits auf dem Transport ins Hafenkrankenhaus erlag. — Verbrühtes Kind. In der Küche der elterlichen Wohnung am Mesterkamp Nr. 26 fiel der siebenjährige Knabe Paul Jenckel in eine Balge mit heißem Wasser und verbrannte sich beide Beine. Die Verletzungen waren so schwer, daß das Kind einige Stunden später unter quälenden Schmerzen starb. — Im Werftbetrieb ums Leben gekommen ist der in der Hafenstraße in Altona wohnende Schiffsmaler Gustav Komtschack. Als K. am Sonnabend auf einer an Bord des im Dock bei Blohm u. Voß befindlichen Dampfers „Ottensen" (Deutsch-Australische Dampfschiffahrtsgesellschaft) befindliche Stellage arbeitete, verlor er das Gleichgewicht und fiel ins Wasser. Ehe Personen zu seiner Rettung erschienen waren, war K. im Wasser verschwunden. — Selbstmorde und kein Ende. Vom Zuge überfahren ließ sich der in der Marcusstraße wohnende Kaufmann W. auf der Station Klein-Flottbeck, indem er sich vor einen heranbrausenden Eisenbahnzug warf. W. war sofort tot. Was den Mann in den Tod trieb, ist nicht festgestellt. — Auf offener Straße jagte sich der am Falkenried wohnende Geschäftsmann B. eine Kugel in den Kopf. Der Lebensmüde wurde vom Tatort, in der Haynstraße, ins Eppendorfer Krankenhaus geschafft, wo er bald nach seiner Einlieferung starb. — In den Anlagen beim Strafjustizgebäude erschoß sich in der Nacht zum Sonntag ein unbekannter, zirka 40 Jahre alter Mann. Der Tote kam in die Leichenhalle des Hafenkrankenhauses. — Erhängt hat sich in seiner Wohnung an der Herrenweide der Maurer S

Harburg. Eine Vergiftungsaffäre spielte sich am Sonntag abend in der Wohnung des Halbinvaliden S. in Harburg in der Amalienstraße ab. Als S. heimkehrte, fand er die Tür verschlossen und das Schlüsselloch verstopft. Beim Öffnen der Tür durch einen Schlosser bot sich ein grausiger Anblick dar. Auf dem Boden lag bewußtlos seine Frau und auf dem Fußboden tot ihr Geliebter, der 44jährige Arbeiter Tiedemann. Die Frau ist am Montag morgen im Harburger Krankenhause ebenfalls gestorben. Den Tod hatte das Liebespaar durch Gasvergiftung gefunden. Sämtliche Gashähne waren geöffnet. Das Paar hat erst kürzlich die Hamburger Polizei beschäftigt. Die S. die in Harburg bei ihrem Mann ein Wahrsagegeschäft betrieb und sich heimlich dabei 3800 Mk. gespart hatte, zog auf Veranlassung des Tiedemann nach der Niedernstraße in Hamburg, hob ihre Ersparnisse bei der Harburger Bank ab und hinterlegte sie auf den Namen des T. bei der St.-Pauli-Kreditbank. Dieser hob die Summe heimlich wieder ab und verschwand damit nach Lüneburg, wo ihn sein Geschick erreichte. Er wurde nach Hamburg zurücktransportiert. 3000 Mark des Geldes konnten noch bei der Lüneburger Bank beschlagnahmt werden und 300 Mk. hatte er im Besitz. Da die S. später erklärte, daß sie sich nicht geschädigt fühle und den Strafantrag zurückzog, wurde Tiedemann wieder auf freien Fuß gesetzt. Beide söhnten sich wieder aus und beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen.

Kuxhaven. Tragödie auf der Nordsee. Am Sonntag nachmittag um 3½ Uhr wurde der mit einer Ladung Koks und Eisen nach der Ostsee bestimmte Elbinger Frachtdampfer „Elbing 8", Kapitän Rabiger, auf 53 Grad 39 Min. Nord und 5 Grad 39 Min. Ost, etwa 10 Seemeilen nördlich vom Ameland-Feuer, von einer See überflutet, worauf er sich auf die Seite legte und sofort kenterte. Der Vorfall ereignete sich so schnell, daß der Kapitän sowie die unter Deck befindlichen Leute nicht aus dem Schiff herauskommen konnten und ertranken. Bald nach dem Untergang des Fahrzeugs explodierten die Kesselanlagen. Mit dem Leben davongekommen sind von der 13 Mann starken Besatzung nur der Bootsmann Joh. Krohnke, der Koch F. Bremert sowie der Matrose F. Wohlgemuth. Diesen gelang es, aufgetriebene Inventarstücke zu erfassen, und sich an ihnen so lange über Wasser zu halten, bis sie von der Besatzung des von London nach der Elbe unterwegs befindlichen Hamburger Dampfers „Portia", Kapitän Goercke, geborgen werden konnten. Die Frau des Kapitäns Rabiger, die seekrank in der Kajüte gelegen hat, ist von der „Portia"-Mannschaft als Leiche aufgefischt worden. Der zur Rhederei F. Schichau-Elbing gehörige und 1909 dort erbaute Dampfer „Elbing 8" war 365 Netto-Register-Tons groß und hatte eine 450-pferdige Maschine.

Bremen. Die Bürgerschaft hat auch am Sonnabend eine Sitzung abgehalten, um vor den Ferien noch die notwendigen Geschäfte erledigen zu können. Der Senat verlangt Hilfskräfte, insbesondere wünscht er die Anstellung eines Polizeidirektors, da der Polizeisenator überlastet sei. Es wurde die Niedersetzung einer Kommission beschlossen, die diese Frage prüfen soll. Genosse Henke brachte zum Ausdruck, daß man gegen die Anstellung eines Polizeidirektors große Bedenken haben müsse, besonders im Hinblick auf die Amtstätigkeit des Herrn von Jagow in Berlin; einen solchen Polizeidirektor könne Bremen nicht gebrauchen. Der Kommissionsberatung würden die Sozialdemokraten zustimmen. — Für den Industrie- und Handelshafen wurden weitere 1 609 800 Mk. bewilligt. Der Bürgerschaft wurde kürzlich Gelegenheit gegeben, die Hafenanlagen zu besichtigen und sich von dem Fortschreiten der Arbeiten zu überzeugen. — Dem Verein für den Naturschutzpark in der Lüneburger Heide wurden für das Jahr 1911 2000 Mk. bewilligt und die gleiche Summe für weitere 9 Jahre zugesichert, falls auch Preußen dem Verein eine Subvention zusichert. — Das städtische Museum, das am Sonnabend wieder eröffnet wurde, wird laut einem Beschlusse der Bürgerschaft während des Monats Juli täglich unentgeltlich zu besichtigen sein. Das Museum, beim Bahnhof gelegen, war nahezu drei Jahre infolge eines umfangreichen Erweiterungsbaues geschlossen. Senat und Bürgerschaft wohnten der Wiedereröffnung bei. — Der öffentlichen Sitzung ging wieder eine einstündige vertrauliche Beratung voraus. Die Bürger wissen schon bald gar nicht anders, als daß die Bürgerschaft vertraulich Gesetze macht.

Aus der Partei.

Erfolglose Haussuchung. In der Redaktion des „Volksboten" in Zeitz suchte die Polizei, allerdings vollkommen erfolglos, nach dem Manuskript eines Artikels, in dem Arbeitswillige beleidigt worden sein sollen. Das gleiche Resultat hat die Durchsuchung der Wohnung des Redakteurs unseres dortigen Parteiblattes ergeben.

Aus dem Gerichtssaal.

Drei Monate Gefängnis wegen ein paar Stück Kohlen! Vor den Schranken des Gerichts in Karlsruhe spielte sich eine jener sozialen Tragödien ab, bei denen jedem Menschenfreund das Herz bluten muß. Eine Frau in Rastatt erbrach im April die Türe eines Holzschuppens und entnahm ein Quantum Kohlen im Werte von 1 Mk. Sie handelte, wie vor dem Gericht festgestellt wurde, in großer Not, um ihren sechs kleinen Kindern eine Suppe zu kochen. Ihr Mann hatte einen Verdienst, der zum Unterhalt der Familie nicht ausreichen konnte. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen schweren Diebstahls (!) zu der gesetzlich geringst zulässigen Strafe von drei Monaten Gefängnis. Der Gerichtsherr hielt es für angemessen, der Angeschuldigten durch den Vorsitzenden zu eröffnen, daß, wenn sie ein Gnadengesuch mache, dasselbe vom Gericht befürwortet würde.

Standesamtliche Nachrichten

vom 2. bis 8. Juli 1911.

Geburten.

a) **Knaben:** Name und Beruf des Vaters.

20 Juni. Reklamechef J. C. F. L. Prelle. 24. Arbeiter C. A. H. Brockmöller. 27. Straßenbahn-Wagenführer C. L. R. Wilcken. 29. Schutzmann E. J. K. Wendt. Ober-Zollkontrolleur O. H. A. M. C. Engel. 30. Kutscher H. Ch. M. Kroog.

3. Juli. Tischler F. W. Koch. 4. Rechnungsführer der Irrenanstalt C. T. J. Hamann. Brenner J. H. R. Peters. Arbeiter J. J. H. Pohl. Schlosser F. A. Prüssmann. Schlosser A. Goldmann. 6. Arbeiter W. J. F. Sager. Uhrmacher A. A. Hübner. 7. Zentrallagerhalter F. J. H. Breiholz.

b) **Mädchen:** Name und Beruf des Vaters.

19. Juni. Kaufmann H. E. Semrau. 27. Expedient H. F. Knoop. 28. Schuhwarenhändler J. H. Beckmann. Arbeiter W. F. J. H. Kloth. 29. Zigarrenmacher H. Knode. 30. Stationsarbeiter H. J. W. L. Esch. Gärtner H. C. Ch. Strunck.

2. Juli. Arbeiter H. J. H. Dierck. Friseur E. W. Grote. 3. Dreher C. J. F. Popp. 4. Güterbodenarbeiter W. H. Carstens. Kontrolleur G. K. G. Stark. Arbeiter J. H. Ch. Bibau (Vorwerk). 8. Kaufmann F. L. W. Donatius.

Angeordnete Aufgebote.

3. Juli. Kaufmann F. C. J. Bercht in Dresden und C. D. Schramm. Schriftsetzer G. A. Müller und A. Weber in Halberstadt. Faktor A. W. D. Fasch in Neumünster und H. M. S. Oldenburg. Arbeiter H. J. F. Delater und F. C. W. Dose. Monteur H. C. A. G. Rohwedder und J. A. C. Kröger. Tischler H. H. Blomenkamp und C. M. Gode. 4. Lehrer Chr. W. Ad. Bortels in Celle und A. E. L. E. Lohmann. Eisendreher H. O. Kühn und S. J. Schultz. Korbmachergehilfe O. P. Kranz und A. C. Schmidt. Schlosser H. F. A. Chr. Maaß und A. S. W. Berggreen. 5. Kaufmann W. P. H. H. Maaß und M. E. Meyer. Abteilungschef O. A. E. Müller in Stettin und E. M. A. A. Milatz. Kaufmann K. H. W. J. Lorenz und M. M. B. Eichstädt, beide in Schwartau. Schankwirt C. F. Th. Peters und A. Ch. A. Höppner, beide in Rixdorf. 6. Arbeiter G. E. Hellmann und B. E. W. Voß. Gärtner J. J. L. Goldschmidt und A. C. Chr. Hiller. Tischler C. O. A. Wollin und M. S. D. W. Warncke genannt Klewer. Seemaschinist J. L. G. Krüger und E. M. E. Thiede. Kaufmann H. A. Wilkens und B. H. Leers, beide in Kiel. 8. Major und Kommandeur des Luftschifferbataillons G. F. H. Groß in Berlin und B. Butterweck. Arbeiter R. H. H. Böstrow und B. A. Tonn. Bäcker J. K. H. Köhncke in Stadtbeck und M. B. S. Dittmann genannt Braasch. Arbeiter O. Hagen in Badendorf und E. C. F. Laudy.

Eheschließungen.

4. Juli. Kutscher W. H. F. Griem und A. M. H. Scharnweber. Drogist H. Wester in Lüdenscheid und M. C. Sommer. Wissenschaftlicher Lehrer N. R. Hertmanni und A. H. Ehrke, beide in Stavenhagen. 5. Koch K. L. Pilliet in Berlin und L. S. M. Brügmann. 7. Filialleiter F. J. W. Strunck und M. M. J. Ahrendt. Bleicher P. M. E. Edler in Domhof-Ratzeburg und E. Koop. Schlosser E. A. Jacobs und Cl. S. M. A. Wollmann. Kellner J. F. H. Eulert und H. W. Chr. Ahrholdt in Groß-Grönau. 8. Bureaugehilfe H. H. L. Dube und F. O. Rönnau. Arbeiter H. C. E. Koth und M. S. C. Krauskopf. Arbeiter J. H. H. Jürs und H. A. S. Gellenthien. Licht- und Fahrstuhlwärter H. B. E. M. G. Grossmann und E. C. J. Bornhöft. Hilfsweichensteller A. F. J. Kletzien und J. M. E. C. Qualmann in Grevesmühlen. Buchdrucker C. H. F. Bergstädt in Segeberg und E. Ziegler. Arbeiter Chr. A. Blunck und E. A. Ohse. Schuhmacher M. F. H. W. Beckmann und E. A. H. Schütt. Tischler C. A. Rundau und J. L. Bocker. Tischler H. J. E. Rohwer und E. H. L. Kost. Träger C. W. F. Drenkhahn und H. E. A. M. Busch. Arbeiter A. H. J. Benthien und J. C. M. Böttcher. Maurer R. F. L. Petri in Hamburg und M. M. E. Böttcher Arbeiter O. W. A. Krüger und M. S. Chr. C. Kletzin. Arbeiter W. A. H. Glanert und E. M. M. Dunkelmann in Niemark. Schiffszimmermann C. J. H. Falkenhagen und J. R. Dems. Arbeiter H. F. A. Fasel und A. A. D. Beth. Tischler P. K. H. W. Bollow und M. Chr. J. Malmgren.

Sterbefälle.

1. Juli. A. E. H. Salowsky, 27 T. Dampfschiffs-Kapitän a. D. C. F. Müller, 63 J. 2. G. Kiess, 6 T. W. D. E. geb. Meyer, Witwe des Kastellans am Steuerbureau A. F. H. Nordström, 75 J. 3. Ch. S. D. geb. Klüver, Witwe des Hufenbesitzers J. Babbe, 81 J. 4. D. M. K. geb. Anhold (rect. Arnold), Wittwe des Sattlermeisters M. C. Fr. Mahrsand, 81 J. G. K. Chr. J. Svensson, 4 M. 5. M. W. H. D. Haertel, 10 M. Ein totgeb. Mädchen, V.: Klempner H. Th. Chr. Römer. W. J. H. Scheel, 2 M. Privatmann P. M. M. W. Fischer, 70 J. 6. D. E. Hansen, 27 T. H. F. K. A. Franck, 5 J. H. A. P. Scholz, 28 T. A. C. E. geb. Gehl, Ehefrau des Arbeiters J. J. Schäding, 59 J. M. geb. Putz, Ehefrau des Arbeiters J. Jokl, 32 J. Ein totgeb. Knabe, V.: Arbeiter J. W. Fr. Pries (Ravensbusch). 7. A. Köster, 8 M. 8. Zigarrenarbeiter C. H. E. Wulff, 55 J. Fr. J. E. Cujad, 6 M. W. Fr. Runne, 28 T.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung

über die Eröffnung der staatlichen Säuglingsfürsorgestelle

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß in Lübeck eine Säuglingsfürsorgestelle eingerichtet worden ist, in welcher Mütter oder Pflegemütter in allen Fragen der Ernährung und Pflege der Säuglinge im Alter bis zu 2 Jahren unentgeltlich ärztlichen Rat erhalten. Die Sprechstunden der Fürsorgestelle werden bis auf weiteres abgehalten:

an jedem Mittwoch von 1 bis 2½ Uhr im Kinderhospital, Hüxtertor-Allee 41, durch den Kinderarzt Dr. med. Pauli

und

an jedem Freitag von 1 bis 2½ Uhr im Schulgebäude, Schwartauer Allee 44a, durch den Kinderarzt Dr. Joël.

Kinder, welche an ansteckenden Krankheiten leiden, dürfen nicht mitgebracht werden.

Lübeck, den 9. Juli 1911.

Das Medizinalamt.

Zum 1. Oktober **2 Zimmer** nebst Zubehör zu vermieten. Zu besehen von 10—12 Uhr. Ludwigstr. 49, p.

Zum 1. Okt. eine **Zwei-Zimmer-Wohnung** zu vermieten. Preis 200 Mk. Westhofstraße 29, II.

Gesucht zum 1. Okt. eine **Zwei-Zimmer-Wohnung** vorm Holstent., von Leuten mit einem Kind. Angeb. unt. **O Z** an die Exped. dies. Bl.

Zum 1. Okt. eine **Zwei-Stuben-Wohnung** mit Stall zu vermieten. Schwartauer Allee 170.

Gesucht zu sofort mehrere

saubere Frauen

für Fabrikarbeit.

Zu melden vormittags von 7 bis 8 Uhr. **Beim Retteich 14.**

1 Sofa, Matratzen, Spiegel u. Bilder sind billig zu verkaufen. Beckergrube 20, part.

Jg. Tauben u. Schlacht-Kücken

kauft **Frd. Holst,** Fleischhauerstr. 8.

Verl. am Sonntag nachm. auf dem Schwartauer Gewerkschaftsfest eine **Handtasche** mit 2 Schlüsseln. Abzug. Tremskamp 14 od. Geverdesstr. 55, p.

Verloren ein **Trauring** im Kirchweg, gez. M. Nowak. Bitte gegen Belohnung abzugeben bei **Neumann,** Fackenburg 43.

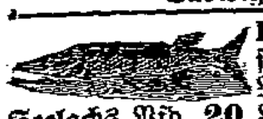
Damen-Portemonnaie

gefunden. Abzuholen Johannisstraße 46, 2. Etg. links.

übernehme

jeden Umzug.

Ludwigstraße 54, part.



E. Boy, Königstr. 61. F. 1811. Markthallst. 46.

Seelachs Pfd. **20** Pfg., **Cabeljau** Pfd. **25** Pfg., **Rotzungen** Pfd. **40** bis **50** Pfg. Täglich frisch geräuch. **Makrelen, Bücklinge, Aale.**

Prima frisches Kopf u. Bein
per Pfund **15** Pfg.
Prima frische Kochrippen
per Pfund **40, 30 u. 15** Pfg.
M. Labrtz, Böttcherstraße 16.

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:

Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.

„Ein Volksbuch im besten Sinne" ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam anziehendsten Bilder erstehen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Hagenbeckscher Tierdressur, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichstem Beieinander zusammenhausen läßt. Carl Hagenbecks Aufzeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

60000 Exemplare bereits verkauft

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.

Auch für die **reife Jugend** bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, **wie es sich besser nicht denken läßt.**

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist **Carl Hagenbecks Werk** keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein **Bildungselement ersten Ranges.** Ein neuer **„Brehm"** liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

Benutzen Sie diese einzige sich bietende Gelegenheit

Ihre Bibliothek mit dem wertvollsten Buch des Jahres zu bereichern, Ihren Kindern edelste Belehrung und spannendste Unterhaltung zu bieten, und senden Sie nebenstehenden Bestellschein an unsere Expedition.

Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

Gefl. ausfüllen | **Bestellschein** | und einsenden

An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co

Unterzeichnete... bestellt hierdurch

Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen

Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 M. nebst einer Einbanddecke für 75 Pf. Wöchentlich ist eine Lieferung zugestellen.

Name und Stand: _____

Genaue Adresse: _____

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.**

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Ia. Tafel-Pflaumenmus
Ia. gem. Marmelade
riesig billig! Nur solange Vorrat reicht. **Fleischhauerstraße 54, Heinrichstr. 2a, Buschkiftstr. 3a.**

Täglich in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110.

Wir empfehlen als gute Unterhaltungslektüre:

Kapt. Marryats Werke 2 Bände eleg. gebund. Mk. **3.—**

Ch. Dickens ausgewählte Werke
2 Bände, elegant gebunden Mk. **3.—**

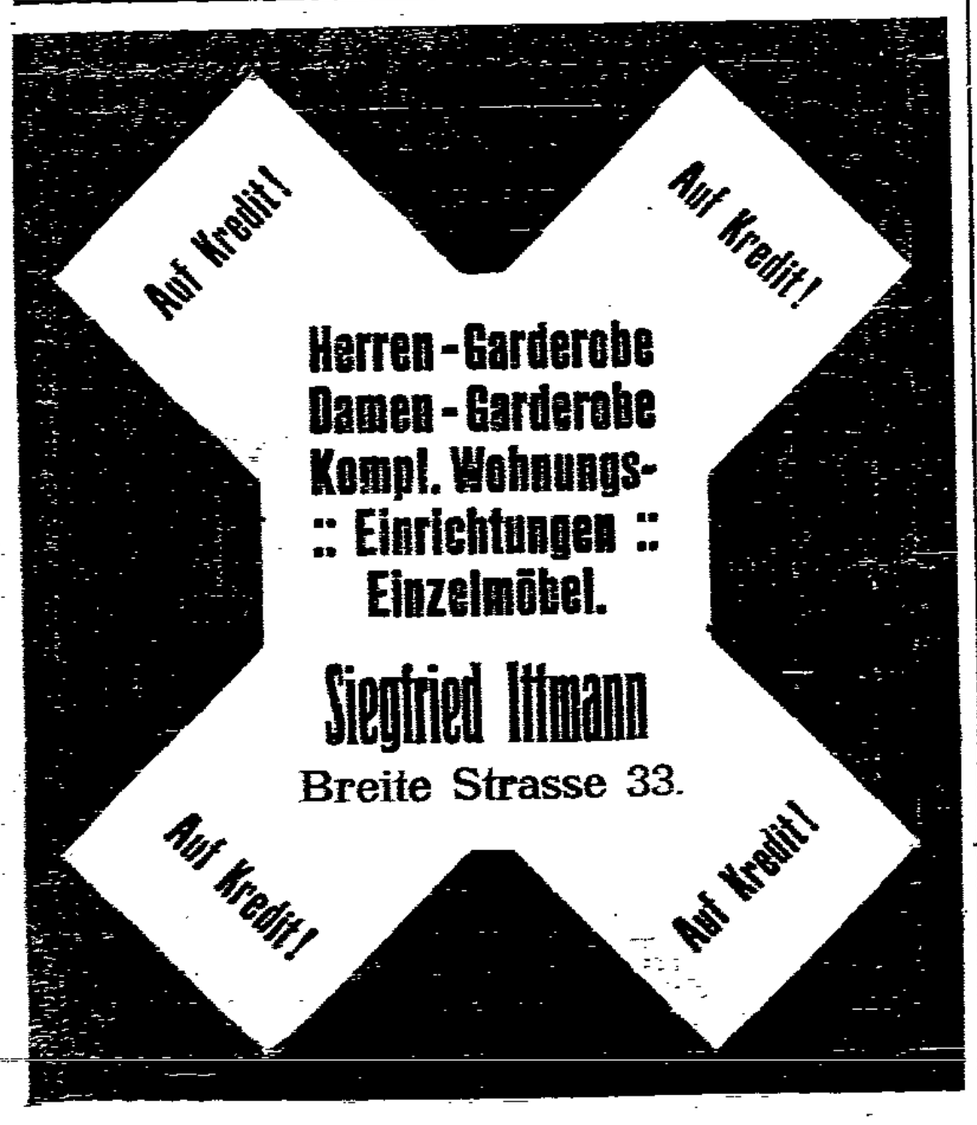
Ferner sind wieder eingetroffen:

Fritz Reuters Werke
in 2 Bänden, elegant gebunden Mk. **3.—**

Als Nachschlagebuch:

Der Ratgeber für das praktische Leben.
Elegant gebunden Mk. **2.75**

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.



Ein wertvolles Buch für jedermann ist

Der Ratgeber

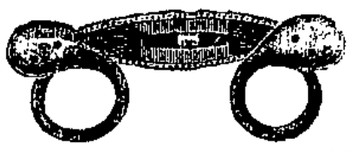
für das praktische Leben.

Hand- und Nachschlagebuch für alle Angelegenheiten; praktischer Hausarzt und Rezeptbuch nebst einem Anhange enthaltend: Wörterbuch der neuen Rechtschreibung, Zinsenberechnungs- u. andere Tabellen. — 1200 Illustrationen und Kunstbeilagen.

Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 2,75 Mk.
nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.



Ich habe mein **Bandagengeschäft** nach **Pferdemarkt Nr. 5, 1. Et.,** verlegt.

Bruchleidende,

welche ein wirklich bequemes, zweckentsprechendes Bruchband wünschen, wenden sich gefl. vertrauensvoll an **Gustav Bonda, Bandagist, Lieferant sämtlicher Krankenkassen in Lübeck.**

Achtung Radfahrer!

Während des Volksfestes werden **Fahrräder** am Eingang des Festplatzes zur Aufbewahrung angenommen.

Sohlen-Ausschnitt empfiehlt billigst **Heinr. Schlüter,** Lederhandlung **Glandorpstraße 7.**

Eine Partie

Bruchkäse

besonders preiswert.

Johannes Müller
Hartengrube 21.

Käselager Schlumacherstr. 12.
Tilsiter Pfund **20** Pfg.
Schweizerkäse Pfd. **30** u. **40** Pfg.
Verkauf auf der Diele.

Käse! Käse!
Bruchkäse sehr billig.
Fleischhauerstr. 48.

Achtung! Achtung!

Organisierte Arbeiterschaft!

Nur die Geschäfte haben die Forderungen der Friseurgehilfen bewilligt, welche im Besitze eines mit rot und blauem Druck versehenen Plakates sind.

Nun bitten wir die organisierte Arbeiterschaft, unsere kleine Gewerkschaft zu unterstützen.

Achtet auf die Plakate, laßt Euch die Verbandsbücher des Gehilfen zeigen und laßt Euch abends vor 8 Uhr und Sonnabends vor 10 Uhr bedienen.

Die Tarifkommission des Verbandes d. Friseurgehilf.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am **Mittwoch,** dem **12. Juli**
abends 8½ Uhr
im **„Gewerkschaftshaus"**
Johannisstraße 50—52.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt notwendig.

NB. Die Versammlung am 15. Juli fällt aus.

Achtung Maler!

General-Versammlung
der Zentral-Krankenkasse
am **Mittwoch,** dem **12. Juli**
abends 8½ Uhr
im **„Gewerkschaftshaus"**
Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung.
2. Änderung der Kasse in eine Zuschußkasse.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Der Vorstand.

Stadthallentheater.

Mittwoch, 8 Uhr. 39. Ab.-Vorst.

Henrik Ibsen:

Der Volksfeind.

Schauspiel in 5 Akten.

In Szene gesetzt von M. Pichon.

Donnerstag:

NANON

die Wirtin vom goldenen Lamm.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 159. Dienstag, den 11. Juli 1911. 18. Jahrg.

Was kostet ein Krieg?

Auf Grund der Kriegskosten vom Jahre 1870-71 versuchte ein Herr Delavigne in der „Bad. Pr." die Kosten eines künftigen Krieges zu berechnen. Alles in allem kostete die Franzosen der Krieg von 1870-71 auf den mobilisierten Soldaten pro Tag 12 Frank. Delavigne glaubt, daß man heute infolge der Teurung 33 Prozent auf die damaligen Kosten hinzuschlagen müsse und kommt dann zu dem Ergebnis, daß gegenwärtig die Tageskosten für jeden Soldaten auf 16 Frank zu stehen kämen, so daß bei einem Kriegsstand von 2 400 000 Köpfen, zu denen noch 600 000 Mann Territorialreserve kommen, jeder Tag der Kriegsführung für Frankreich insgesamt 48 Millionen und ein achtmonatiger Krieg somit 11½ Milliarden Frank Kosten verursachen würde.

Auf demselben Wege, jedoch unter Ansatz andrer täglicher Verpflegungskosten, kommt Delavigne zu dem Ergebnis, daß Deutschland bei einer Kriegsstärke von fünf Millionen Mann unter Einschluß der Ersatzreserven und des Landsturms für jeden Kriegstag 60 Millionen Mark, für einen 8monatigen Krieg also 14,5 Milliarden, Österreich-Ungarn bei einem Aufgebot von 2 Millionen Köpfen in 8 Monaten 8 Milliarden Kronen, Italien für 3½ Millionen Köpfe 11 Milliarden Lire und Rußland für 3½ Millionen Soldaten im ganzen 4½ Milliarden Rubel auszugeben haben würde. Ein allgemeiner europäischer Krieg würde also allein den fünf großen Landmächten rund 50 Milliarden Mark Kosten verursachen, zu denen nun noch die Kriegskosten Großbritanniens und die Marineausgaben der Drei- und Zweibundländer treten, so daß man mit einer Gesamtausgabe von 80 Milliarden Mark rechnen kann.

Dazu kommt aber noch ein anderes Moment. Indem Delavigne darauf hinweist, daß gerade die besten und leistungsfähigsten Arbeiter für den Betrieb der Landwirtschaft und die industrielle Produktion verloren gehen würden, und daß ein Land wie Frankreich 80 bis 85 Proz. aller Wehrpflichtigen in das Heer einstellt, während in Deutschland nur 50 bis 54 Prozent zur Einstellung gelangen, während der Rest für die produktive Arbeit auch während eines Krieges verfügbar bleibt, kommt er zu dem Schlusse, daß in Frankreich die meisten Betriebe stillstehen müßten, daß große Teile der Bevölkerung gänzlich arbeitslos werden würden und der Staat dann überhaupt nicht mehr auf den Eingang von Steuern rechnen könnte. Es würden bei einem allgemeinen Kriege der ganze Erdteil, Sieger sowohl wie Besiegte, einer schweren Erschöpfung anheimfallen, die den überseeischen Konkurrenten, Engländern und Nordamerikanern, nur die ersehnte Gelegenheit bieten würde, den internationalen Handel auf Menschenalter an sich zu reißen.

Aus den Darlegungen Delavignes geht mit zwingender Deutlichkeit hervor, daß das Kriegführen für die großen Nationen nahezu eine finanzielle und wirtschaftliche Unmöglichkeit geworden ist. Jeder künftige Krieg ist ein verbrecherisches Vabanquespiel, bei dem selbst der Sieger mit der Verlierende ist. Woher sollen denn die bis in die Puppen verschuldeten Staaten das Geld zum Kriegführen nehmen? Sie sind schon in den ersten Tagen auf Kriegsanleihen angewiesen, und das in einem Augenblick, wo über das Wirtschaftsleben eine noch nie dagewesene Katastrophe hereinbricht. Die Fabriken und die Felder würden entvölkert, Millionen von Familien würden des Ernährers beraubt und wären auf die öffentliche Wohltätigkeit angewiesen. Dazu kämen die verheerenden Wirkungen der modernen Mordwerkzeuge, mittels deren die Menschen zu Hunderttausenden hingemordet würden. Nicht nur die Arbeiter, die von der Hand in den Mund leben, auch der ganze Mittelstand würde in Not und Elend geraten, die Stimmung der Verzweiflung würde wie ein verheerendes Feuer um sich greifen.

Es ist heller Wahnsinn, in einer solchen Situation, wie sie die Weltgeschichte nicht kennt, auf den Hurrapatriotismus zu spekulieren, der alles vergessen machen soll.

Diese furchtbare Gefahr des künftigen Krieges wird aber mit jeder neuen Militär- und Marinevorlage größer. Es ist mehr als fraglich, ob auch nur der größte Teil der heute ausgebildeten Mannschaften im Ernstfall mobil gemacht werden kann, und ebenso fraglich ist, ob es überhaupt möglich ist, solche Millionenheere zu dirigieren und zu ernähren; jeder praktische Versuch ist ja unmöglich. Trotzdem diese Tatsachen alle mit Händen zu greifen sind, wird immerzu weiter gerüstet und von den Panzerplatten- und Waffenfabrikanten durch ihre alldeutschen Gehilfen im Anschluß an das neueste Marokko-Abenteuer ganz offen auf einen europäischen Krieg hingearbeitet. Ist das nicht verbrecherischer Wahnwitz?

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 10. Juli 1911.

Der Wortführer Dimpker eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Minuten.

Er teilt zugleich mit, daß die letzte Bürgerschaftssitzung krankheitshalber verschoben werden mußte; der Senat habe aber die Mitteilung an ihn ergehen lassen, daß die Zulagen für die Bureauhilfsarbeiter bereits festgestellt worden seien.

Zum ersten Stellvertreter des Wortführers wird Dr. Th. Eschenburg mit 45 Stimmen gewählt. Die Sozialdemokraten hatten unbeschriebene Stimmzettel abgegeben.

Der erste Senatsantrag betrifft die Aufbesserung der Bezüge der Bureauhilfsarbeiter.

In der Allgemeinberatung nimmt das Wort

Köster, der auf die Vorgeschichte der Anstellungsverhältnisse eingeht. Von der Anstellung auf Lebenszeit der Bureauhilfsarbeiter sei sehr wenig Gebrauch gemacht worden; von über 100 seien nur drei oder vier fest angestellt. Schon deshalb sollte der Senat hier nicht so engherzig vorgehen, damit mehr Hilfsarbeiter als bisher in die Pensionsberechtigung eintreten. 1906 habe der Senat selbst beantragt, die Pensionsberechtigung auszudehnen, drei Jahre später habe derselbe Senat diese Vergünstigung aufgehoben, trotzdem die Verhältnisse nicht besser geworden seien. Redner wünscht, daß die Pensionsberechtigung wie bisher weiter gewährt werde und geht dann auf die Gehaltsverhältnisse der beiden Beamtenkategorien ein, dabei betonend, daß die festangestellten Beamten mehrmals Aufbesserungen erhalten hätten, dagegen die Bureauhilfsarbeiter meist leer ausgegangen seien. Eine Erhöhung des Endgehalts auf 2200 Mk. sei das mindeste, was für die Hilfsarbeiter verlangt werden müsse. Dies soll aber nicht nach 16 Dienstjahren, sondern in 18 Jahren erreicht werden. Bei der Stellung der Bureauhilfsarbeiter im Staate seien diese Forderungen nur zu berechtigt. Die Aufbesserung müsse aber allen in Betracht kommenden Hilfsarbeitern gewährt werden. Der Ausschluß derjenigen, die bereits 2000 Mk. beziehen, dürfe nicht stattfinden. Auch die Gerichtsdiener müßten festangestellt werden.

Senator Dr. Fehling: Das letztere ist bereits in Erwägung gezogen.

Senator H. Evers weist auf die beabsichtigte Ruhelohnkasse für die Bureauhilfsarbeiter hin, die die feste pensionsberechtigte Anstellung überflüssig mache. Im übrigen könnten die einzelnen Behörden ohne besondere Bürgerschaftsgenehmigung Zulagen gewähren. Die heutige Zulage habe eine ganz besondere Veranlassung; sie soll den Behörden die Ermächtigung geben, für besondere Tätigkeit, für Aufsichtführende usw., eine Zulage bis 300 Mark zu gewähren.

Klein wünscht mit der Vorlage auch eine Gehaltsregulierung der technischen Diätare des Bauamts verbunden, sowie sämtlicher anderen Hilfsarbeiter, damit etwas Einheitliches geschaffen werden könnte. Darüber, daß die Bürgerschaft zu den Zulagen nichts zu sagen habe, sei ihm nichts bekannt. Herr Köster habe eine sehr gute Begründung gegeben, denen er nur zustimme. Besser wäre es gewesen, die Klasse der pensionsberechtigten Hilfsarbeiter beizubehalten und sie in den Etat aufzunehmen. Den Rahmen, der in der Senatsvorlage vorgezeichnet war, hätte die Kommission nicht so eng zu ziehen brauchen; um festzustellen, ob 1200—2000 Mark Jahresgehalt zum Lebensunterhalt genügen, hätte man doch gewiß nicht zehn Monate gebraucht. Zum mindesten hätte die Hälfte der Hilfsarbeiter pensionsberechtigt sein müssen, denn in absehbarer Zeit werde ein Aufrücken der Bureauhilfsarbeiter in höhere etatsmäßige Stellen nicht stattfinden und deshalb ihre Lage nicht gebessert. Daß die Bureauhilfsarbeiter nicht mehr pensionsberechtigt werden sollten, bereite allen eine schwere Enttäuschung; ein sozialer Aufstieg für sie sei dadurch in Lübeck nicht mehr möglich. In wirtschaftlicher Beziehung würden die Bureaugehilfen, wie sie in Zukunft genannt werden sollen, durch Wegfall der Pension ebenfalls geschädigt. Pflicht der Bürgerschaft sei es heute, die Bureauhilfsarbeiter nicht weiter als Stiefkinder des Staats zu behandeln. Denn der Senat habe selbst anerkannt, daß die Lebenshaltung in Lübeck außerordentlich teuer sei.

Senator H. Evers teilt mit, daß die Baudeputation die Forderung des Herrn Klein in bezug auf die Diätare abgelehnt habe. Die Vorbildung der Bureauhilfsarbeiter sei nicht groß; die meisten hätten nur Volksschulbildung. Im freien Wettbewerb würden solche Leute keine Gehälter von 1200—2000 Mk. erhalten.

Stelling: Die Antwort des Senats kann mich nicht befriedigen, denn nach der Vorlage kann von einer glänzenden Aussicht der Büreaugehilfen keine Rede sein. Wenn gesagt wird, daß in Privatbetrieben Leute mit gleicher Vorbildung nicht zu finden seien, die 1200—2000 Mk. verdienten, so ist das außerordentlich bedauerlich. Wenn aber im freien Gewerbe uns ein schlechtes Beispiel geboten wird, brauchen wir es hier nicht nachzumachen. Besser ist es auf alle Fälle, möglichst wenig Hilfsarbeiter anzustellen; wo es irgendwie angängig ist, sollte man zur festen Anstellung schreiten. Wenn ein Hilfsarbeiter befähigt ist, kann er ruhig festangestellt werden. In der Kommission wurde auch darauf hingewiesen und gesagt, man solle so verfahren. Die Vorredner sagten allerdings, dies seien nur schöne Worte, wir könnten lange warten, bis sie in die Tat umgesetzt würden. Was die Kommission auf Seite 3 sagt, sollte auch durchgeführt und nur wenig Hilfsarbeiter eingestellt werden. Gewundert habe ich mich ferner über den Senat, der dem Bürgerausschußkommissionsbeschluß nicht beigetreten ist, wonach die Hilfsarbeiter mit dem 20. Lebensjahre 1200 Mk. Gehalt bekommen sollten. Man sollte hier doch etwas konsequenter verfahren, zumal der Senat selbst sagt, daß die bisherigen 1000 Mk. für 20jährige junge Leute zu wenig seien. Ich hoffe auch, daß von dem Rechte, den Hilfsarbeitern, die erst eingestellt sind, ein geringeres Gehalt zu bezahlen, recht wenig Gebrauch gemacht wird. Die Forderung Kösters, daß

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(102. Fortsetzung.)

Dreiundsiebzigstes Kapitel.

Ich erlasse meinen Lesern großmütig das unvermeidliche Deklamatorium. Hat sich Anton doch auch die größere Hälfte desselben geschenkt und noch vor Tagesanbruch mit neugestärkten Kräften, aber nichtsdestoweniger vorsichtig und langsam gehend, seine letzte Tagereise nach der Heimat angetreten.

Er berührte jetzt bei der Wiederkehr die Grenzen des Liebenauer Forstes nicht von der Seite des Fuchswinkels, wo er ausgegangen, vielmehr bog er in jenen Fußpfad ein, der mit der Straße zur Hauptstadt in Verbindung steht. Dort hatte Onkel Nasus ein Jahr vor Antons Flucht kleine Birken anpflanzen lassen. Die jungen Stämmchen, die man zeitig abgeschnitten, waren bereits in dicke Gesträuche umgewandelt, welche voll belaubt den großen Hau mit lächelndem Grün bedeckten. Unzählige Finken sangen dort ihr Morgenlied. Über die Schonung hinaus drehte bei sanftem Wind die alte, wohlbekannte Mühle ihre breiten Flügel. Der Müller steckte den weißbestaubten Kopf zum Guckloche heraus. Von dem Flecke, wo Anton dies sah, ist noch ein halbes Stündchen bis ans Dorf. Es war ihm unmöglich, dieses kurze Stück Weges jetzt gleich zurückzulegen. Seine innere Bewegung überwältigte ihn. Er setzte sich an den Rand des Grabens, welcher die Birkenschonung von einem Stück Brachfeld trennte. Über dieses kamen Schafe gezogen, hinter ihnen Schäfer und Hund. Der Schäferknecht mit seinem langen, blassen Gesicht und den weißlich blonden Locken konnte kein andrer sein, als des alten Schäfers jüngster Sohn, Gottlieb, einst Gottliebel genannt, ein Gespiele aus der Kinderzeit. Er grüßte Anton wie einen Fremden und ging vorüber; die Hunde knurrten, und Gottlieb mußte sie beschwichtigen.

„Es wird mich niemand mehr erkennen, im ganzen Dorfe nicht," seufzte Anton, „so wenig wie Schäfers Gottliebel. Meine Großmutter, die würde mich erkennen, aber die ist begraben. Es ist auch freilich bald sieben Jahre her, daß ich fortlief, — sieben Jahre! — Mir kommts vor, als wenn es siebzig wären, so vielerlei ist mir begegnet, daß ich es gar nicht durchdenken kann, ohne schwindlig zu werden; wenigstens heute nicht. Und dann wieder, wenn ich nach dem Dorfe schaue, nach dem Kirchturm, da ist mir wieder, als wärens kaum sieben Jahre, daß ich abwesend war. Zuletzt läuft alles auf eins hinaus, und wenn der Mensch erst tot ist, machen siebzig Jahre nicht mehr aus, wie siebzig Minuten, sechzig auf die Stunde gerechnet. Wie gesagt, zuletzt läuft alles auf eins hinaus und ist alles nur Einbildung: Freude und Schmerz, Glück und Elend, Trennung und Wiedersehen. Die ganzen Geschichte ist nicht wert, daß man sich plagt, abängstigt, betrübt. Was war's nur, daß ich mir damals einbildete, hier könnte ich's nicht länger aushalten, ich müßte die Welt, müßte das Leben kennen lernen. Was war's anders, als Einbildung? Jetzt habe ich die Welt gesehen, Menschen und Leben gesehen, und bin ich nun glücklicher? Da sitze ich nun, von wo ich ausging, um nichts klüger . . . ei ja, klüger doch! Wohl, wohl, um vieles klüger. Oder ist es nicht schon ein Zeichen zunehmender Klugheit, daß in demselben Augenblicke, wo ich „die Birken" betrat, eine Stimme in meinem Herzen wach wurde, die mir meiner seligen Großmutter Worte ins Gedächtnis rief:

„Auf daß du friedlich lebest und dereinst in Frieden sterbest. Alles andere ist dummes Zeug."

„Dieje Worte, an denen ich zweifelte, deren Sinn ich nicht zu begreifen vermochte, wenn die alte Frau sie mir predigte, tönen mir heute an dieser Stelle wie ein Evangelium der Huld, des Trostes. Ich verstehe jetzt, was sie damit meinte. Und dieses Verständnis habe ich mir draußen erst errungen, folglich bin ich klüger geworden, es ist keine Frage; folglich werde ich und muß ich jetzt aushalten in der beschränkten, niedrigen Zukunft, die vor mir liegt. Und darum denn nicht lange getrödelt! Auf, Anton! Dort hinein, wo sich das Dorf wie in einen Zipfel nach dem Walde zu verliert; dort hinüber, am Ziegelofen vorbei, liegt dein Erbteil, dein Häuschen, dein Garten. vorwärts, und ohne Murren!"

Er erhob sich, den letzten, schweren Gang zu tun. Da er sich dem Gartenzaun näherte, war es ihm, als schlüpfte jemand, vor ihm sich verbergend, durch die Stachelbeersträuche des Nachbars, und er glaubte Peterl zu erkennen, welchem er die Ohren hatte abreißen wollen, was er aber jetzt vergaß, und den Jungen laufen ließ.

Er stand vor seiner Großmutter Haus, vor der offenen Hintertür, die nach dem sauber gehaltenen Gärtchen führte. In diesem hatte sich gar nichts verändert, außer daß die jüngeren Bäume mächtig gewachsen waren. Er trat in den kleinen Hausflur, wo er jeden Nagel, jedes Brett wieder erkannte. Alles war still. Er schritt bis an die Stubentür, er klopfte schüchtern an . . . es durchrieselte ihn so etwas, wie eine Erinnerung, daß die braune Bärbel erzählt hatte, Fräulein Ottilie bewohne sein Haus als Meterin. Nun lauschte er auf ihr „Herein!", doch ließ sich nichts vernehmen. Er öffnete in Gottes Namen. Da war keine Seele im Zimmer. Bett, Schränke, Stühle, Geschirr standen wie bei der Großmutter Tode. Er wagte sich bis in seine Kammer. Sein Handwerkszeug lag in schönster Ordnung, der letzte Korb, den er begonnen, stand unvollendet, wie er ihn gelassen. Auf einem kleinen Tischchen unter dem Fenster stand der Käfig, den er für seine Turteltaube geflochten, worin er das zahme Tierchen aufs Schloß getragen. Die Taube saß darin. Er öffnete den Käfig, um sie zu streicheln, sie war leblos, war tot, ausgestopft, auf ihre Stange festgenagelt. Oben am Käfig, von einem blauen Bändchen umschlungen, hing das Blatt mit seinen Abschiedsversen. Kein Zweifel, Ottilie bewohnte noch dieses Haus. Sie war ihm und seinem Andenken treu geblieben; diese Überzeugung sprach ihn aus jedem Winkelchen der niederen Räume an. Aber er . . . hatte er wohl seit Lauras erstem Blicke ihrer nur gedacht?

Kaum; und wenn es geschah, mit täglich zunehmender Gleichgültigkeit.

Und heute sollte er sie wiedersehen!

Und wenn sie ihn fragte: „Wie ist es, Anton, bringst du mir die kindlichen Gefühle deines reinen Herzens rein und herzlich wieder mit? Ist Tieletunke noch, die sie dir war?"

Was konnte er dann erwidern?

Namenlose Angst bemächtigte sich seiner. Eiligst will er das Haus verlassen . . . an der Vordertür tritt sie ihm entgegen. Kaum erkennt er sie, so auffallend hat sie gealtert. Groß, mager, bleich, wie ein Gespenst steht sie vor ihm. Sein Anblick überfliegt ihr Antlitz mit einem Purpurschein der Freude; sie verjüngt sich wie durch Zauber. Doch verrät sonst kein Ausruf, keine übereilte Bewegung, was in ihr vorgeht. Lächelnd reicht sie ihm nur die Hand, und wie wenn sie sich gestern getrennt hätten, spricht sie freundlich:

„Nun, Anton Hahn, seid Ihr wieder in Liebenau?"

„Fräulein Ottilie — gnädige Baronesse — ich bin so erfreut . . . und Sie in diesem Häuschen? Dieses Glück für mich . . . "

„Schwatzt keinen Unsinn, Anton. Es war ein Glück für mich, in diesem Hause wohnen zu können; ich habe es gemietet, es ist passend für eine alte Jungfer. Nun kehrt Ihr zurück, wollt Euer Eigentum in Beschlag nehmen, — und ich werde es räumen. Darauf bin ich schon vorbereitet, denn ich dachte mir's, Ihr würdet über kurz oder lang wieder heimkehren. Laßt mir Zeit bis morgen. Ich ziehe aus Liebenau fort. Meine Anstalten sind getroffen."

„Ich soll Sie vertreiben, Fräulein Ottilie? Nimmermehr!"

das Endgehalt 2200 Mk. betragen soll, kann ich nur unterstützen. Es wird zwar auch die Auffassung vertreten, bei den Hilfsarbeitern handle es sich nur um Abschreiber. Zum Teil mag das zutreffen, zum andern Teil handelt es sich jedoch um Leute, die die Arbeiten von Beamten verrichten. Wenn es sich aber wirklich nur um Abschreiber handeln würde, so weiß doch jeder, der einmal solche Arbeit bewältigt hat, daß ein gerüttelt Maß Tätigkeit dazu gehört, die unter Umständen mehr angreift, als andere Arbeit. Zu der Beschäftigung der weiblichen Hilfsarbeiterinnen übergehend, betont Redner, daß, wenn von diesen dasselbe verlangt werde wie von den männlichen, konsequenterweise auch ein Lohn für sie festgelegt werden müsse, der demjenigen der männlichen Hilfsarbeiter entspreche. Im übrigen ersucht Redner, den Kösterschen Antrag anzunehmen und dadurch zu beweisen, daß die nicht glänzend gestellte Schicht der Bureauhilfsarbeiter einer Aufbesserung des Gehaltes bedürfe. (Bravo! bei den Soz.)

Senator H. Evers erwidert Stelling, daß er nicht von 1200 Mk. Gehalt gesprochen habe, sondern von 1200 bis 2000 Mk. Auch die Löhne der neu Angestellten und Lehrlinge hätten andere Voraussetzungen. Durch Annahme des Antrages Köster würde die Auszahlung der Gehaltserhöhung wieder weiter hinausgeschoben; es liege also im Interesse der Hilfsarbeiter, daß die Senatsvorlage angenommen werde.

Hauptlehrer Reimpell tritt gleichfalls für die Anträge Kösters ein. Bei den anderen Beamten seien Anfangs- und Endgehalt auch nicht so knapp bemessen. In der Praxis werde es wohl schwer halten für Bureauhilfsarbeiter, weiter aufzurücken. Zu bedauern sei, daß beim Stadt- und Landamt und Polizeiamt so viele Hilfsarbeiter tätig seien. Im Privatleben habe sich doch gezeigt, daß mit einer Gehaltserhöhung eine größere Berufsfreudigkeit eintrete, und dadurch auch eine Ersparnis am Personal.

Senator Dr. Vermehren weist auf die verschiedenen Wünsche hin, die seitens der Bürgerschaft betr. Ersparnisse im Beamtenapparat gemacht worden seien und die mit den Ausführungen des Vorredners nicht im Einklang ständen. Übrigens hätten die Hilfsarbeiter hier nicht zu klagen, das Wohlwollen seitens des Senates erstrecke sich auf alle.

Köster: Wenn man reorganisieren will, fängt man doch nicht unten an und streicht am Endgehalt der Bureauhilfsarbeiter. Wenn so verfahren werden soll, muß man es überall gleich machen. Im Verhältnis zu anderen Städten ist das beantragte Endgehalt keineswegs zu hoch. Für einen 20jährigen Mann sind 1200 Mk. Anfangsgehalt unbedingt notwendig.

Thiele findet die Anträge Kösters gerechtfertigt. Die Pensionsverhältnisse seien teurer geworden, Kleider, Wäsche, alles sei im Preise gestiegen, das könne übrigens jeder selbst wissen. Wenn gesagt werde, daß Techniker hier seien, die nur 90 Mark im Monat verdienten, so behaupte er, dieses sei ein Trauerspiel.

Senator H. Evers behauptet, junge Leute mit 21 Jahren könnten mit 1200 Mk. sehr gut auskommen; sie hätten ja keine Familie zu ernähren.

Stelling: Die Ansichten sind jedenfalls verschieden, wie weit man mit 1200 Mk. kommt. Die Herren, die so darüber reden, haben keine Ahnung davon, was alles kostet. Die Rechnung des Senats, daß nach dreijähriger Lehr- und zweijähriger Militärdienstzeit bei den meisten nur noch zwei Jahre fehlten, bis sie in den Genuß dieses Gehalts treten, hat ein Loch. Bei den meisten Leuten dauert es vier Jahre, bis sie die 1200 Mk. bekommen. Der Senat kommt wieder mit der Mahnung, wenn die Bürgerschaft nicht schnell genug die Vorlage verabschiede, müßten die Hilfsarbeiter noch länger warten. Aber bangemachen gilt nicht, solche Äußerungen hören wir bei vielen Gelegenheiten. Man will damit den Anschein erwecken, als ob diejenigen nicht sozial denken, die über den Senatsantrag hinausgehen, oder eine gründliche Beratung wollen. Wenn der Senat sich mit der Sache schleunigst beschäftigt, ist es nicht nötig, solange damit zu warten wie die Kommission gebraucht hat, oder gar solange wie die Ruhelohnkassenkommission. Dem Kösterschen Antrage kann man zustimmen.

Senator H. Evers: Der Senat wird bei Annahme des Antrages von Köster zu sehr weitläufigen Erwägungen gezwungen.

Klein wünscht die Frage über die Boten beantwortet, und fragt, wie sich denn die Bureauhilfsarbeiter stellten, die jetzt schon 2200 Mk. beziehen. Diese leiden doch ebenfalls unter den Teuerungsverhältnissen. Den Vergleich mit den Privatbetrieben solle man doch nicht anführen, denn dort richte sich der Lohn nach Angebot und Nachfrage, ein solches Verhältnis treffe hier nicht zu.

Senator H. Evers: Die Ausführungen richten sich nur auf die Bureauhilfsarbeiter aber die Hausmeister und die Boten sollen ebenfalls in absehbarer Zeit aufgebessert werden.

Köster verweist auf das Verhältnis der Beamten und Hilfsarbeiter in andern Städten, dort seien nur 24 Proz. Hilfsarbeiter vorhanden, in Lübeck sei die Zahl der Hilfsarbeiter bedeutend höher als die der festangestellten Beamten.

Klein bemängelt nochmals, daß in der Vorlage nur von den Hilfsarbeitern die Rede sei und nicht von den Boten.

Senator H. Evers: Jedem pensionsberechtigten Hilfsarbeiter wird sein Recht werden; Schaden soll kein einziger erleiden. Nur für neuanzustellende Beamte, die nicht mehr pensionsberechtigt angestellt werden sollen, werden wir eine andere Anweisung herausgeben.

Hauptlehrer Reimpell: Der Staat sollte in allererster Linie Musterarbeitgeber sein. Ein Vergleich mit den Privatbetrieben ist nicht angängig.

In der Einzelberatung will

Köster die Pensionsberechtigung so lange aufrecht erhalten, bis durch Rat- und Bürgerschluß die Ruhelohnkasse beschlossen und andere Bedingungen festgesetzt sind.

Lippert ist materiell für den Antrag Köster. Formell kann er ihn aber nicht akzeptieren. Solange der Rat- und Bürgerschluß besteht, daß die Hälfte der Hilfsarbeiter pensionsberechtigt angestellt werden sollen, sollte er auch senatsseitig durchgeführt werden, sonst müßte man ihn aussetzen. Aber der Antrag gehört nicht hierher. Herr Köster sollte den Antrag zurückziehen und ihn als Ersuchen an den Senat stellen.

Hauptlehrer Reimpell wünscht Aufschluß, wieviel Hilfsarbeiter Extrazulagen erhalten haben.

Der Senat kann keine Auskunft geben.

Köster zieht seinen Antrag zurück.

Bei dem weiteren Antrag Kösters über die Gehaltsverhältnisse bittet

Lippert, dem Antrage des Bürgerausschusses zu folgen und das Gehalt von 1200 Mk. schon mit dem 20. Jahre zu bezahlen. Eine große Anzahl Hilfsarbeiter seien Auswärtige, die bereits mit 20 Jahren ihre Militärdienstzeit hinter sich hätten.

Senator H. Evers tritt für den Senatsvorschlag ein, erst mit dem 21. Jahre die 1200 Mk. zu gewähren.

Köster wünscht endlich Klarstellung über die Gehaltsberechnung, die bei den Behörden verschiedentlich gehandhabt werde.

Senator Dr. Vermehren gibt hierüber Aufschluß. Es komme ganz darauf an, in welchem Lebensalter die Hilfsarbeiter eingestellt wurden. Wenn man die Senatsvorlage genau ansehe, könne man nicht sagen, daß sie schlecht abschnitten.

Schneider und Dr. Benda wünschen getrennte Abstimmung über die Altersgrenze und über das erhöhte Gehalt.

Dr. Wittern ist der gleichen Ansicht, für diesen Antrag sei zweifellos eine Mehrheit vorhanden.

Der Antrag Köster, vom 20. Lebensjahre ab 1200 Mk. zu bewilligen, wird abgelehnt. Angenommen wird dagegen der Antrag von Schneider, 1200 Mk. vom 21. Lebensjahre an zu gewähren, steigend bis 2200 Mk.

Ein weiterer Antrag Köster bezweckt die eventuelle Festsetzung eines geringeren Gehaltes einheitlich zu gestalten und diese nicht den einzelnen Behörden zu überlassen.

Dr. Wittern widerspricht dem; gerade die einzelnen Behörden treten für die Interessen ihrer Beamten ein.

Der Antrag Köster wird abgelehnt.

Köster fragt ferner, ob die Zulage pensionsberechtigt sein soll und ob die Hilfsarbeiter, die bisher 2000 Mk. bezogen haben, diese Zulagen weiter beziehen sollen.

Senator H. Evers: Die Absicht des Senates ist, diese Zulagen als pensionsberechtigt gelten zu lassen.

Köster stellt einen entsprechenden Antrag, der angenommen wird; ebenfalls angenommen wird der Antrag, unter Ziffer 6, das Gehalt von 2200 resp. 2400 Mk. festzusetzen statt 2000 resp. 2200 Mk.

Ein weiterer Antrag Köster will, daß die Hausmeister und Boten gleichfalls an der Gehaltserhöhung teilnehmen.

Senator H. Evers: Diese werden wahrscheinlich nicht ausgeschlossen werden, ihre Zahl ist ja sehr gering.

Senator Dr. Fehling: Die Boten werden selbstredend an der Gehaltserhöhung teilnehmen; die Frage der Hausmeister wird geprüft.

Köster zieht den Antrag zurück.

Der Wortführer macht bekannt, daß die bis jetzt beschlossenen Abänderungen als Bedingung zur Annahme der Senatsvorlage gestellt werden.

Schneider stellt den Antrag, dem Senat die benötigte Summe zur Verfügung zu stellen; wie hoch sich die Summe stellt, wisse er nicht.

Senator Dr. Fehling: Es ist ein neues Verfahren, dem Senat eine Blanko-Vollmacht zu erteilen, empfehlenswert ist es nicht.

Dr. Benda schlägt die Summe von 47 000 Mk. vor; dies wird auch angenommen.

Auch die Gesamtvorlage wird hierauf genehmigt.

Zurückgezogen wird der Antrag Köster, von der durch die Bürgerschaft erteilten Befugnis, pensionsberechtigte Hilfsarbeiter anzustellen, auch ferner Gebrauch zu machen.

Debattelos genehmigt wird folgender Antrag: Beschaffung eines neuen Desinfektors für die Allgemeine Armenanstalt.

Beim Antrag betr. die Herstellung einer Heizungs- und Brausebadanlage in der II. St.-Lorenz-Schule erklärt

Ehlers, er wolle nicht gegen die Vorlage sprechen, aber an den Senat die Anfrage richten, welche Gründe das Polizeiamt geleitet hätten, für die Benutzung von Freibadeanstalten Geld zu erheben, wie das bei der Badeanstalt Falkenwiese für die weiblichen Badenden geschehe. Am Finkenberg werden auch in der Männerabteilung für die Benutzung einer Kabine 10 Pfennige verlangt. Er sehe keinen Grund, warum dies geschehen sei. Freibadeanstalten müßten auch solche bleiben. Dadurch werde in den Badeanstalten am Finkenberg und an der Falkenwiese das Baden so teuer wie im Krähenteich und Falkendamm. Man könne doch nicht verlangen, daß sich Arbeiterfrauen vor aller Öffentlichkeit ausziehen müßten, wo Kinder und Erwachsene die Anstalt zugleich benutzten. Ich hätte gern eine Erklärung gehört, ob dies nicht wieder abgeschafft werden kann.

Senator Dr. Fehling: Ich will mich darüber erkundigen und in einer der nächsten Sitzungen darauf zurückkommen.

Dahms macht auf unangenehme Fettflecken im Krähenteich aufmerksam, die von einem ausgelaufenen Faß Karbolineum herrühren sollen. Ferner möchte er bald die Errichtung einer Schwimmhalle verwirklicht sehen.

Lauenstein dankt dem Senat für die Aufhebung der doppelten Schulumlage in Krempelsdorf.

Der Antrag wird hierauf genehmigt.

Es folgt der Antrag über den Erlaß eines Gesetzes, betr. die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Mitglieder des Senates.

Löwigt: Nachdem im Jahre 1909 die Hinterbliebenenfürsorge für die Beamten neu geregelt wurde, erscheint es angemessen, daß auch für die Hinterbliebenen des Senates gesorgt wird. Wir werden deshalb für die Vorlage stimmen, obwohl dieselbe nicht weiter begründet worden ist. Als seinerzeit der Antrag in der Bürgerschaft angenommen wurde, blieb die Begründung ebenfalls aus. Wir wissen deshalb nicht, ob die vorgeschlagenen Sätze im Antrag das Richtige treffen. An dieser Stelle möchte ich noch hervorheben, daß auch endlich etwas in dieser Richtung für die städtischen Arbeiter getan werden muß. Es steht mit dieser Vorlage zwar nicht im Zusammenhang, ist aber doch wohl am Platze, wenn darauf hingewiesen wird. Die Ruhelohnkasse beschäftigt seit langem eine Kommission des Bürgerausschusses, aber wir wissen absolut nicht, was geschieht. Man ist schon der Meinung, daß diese Ruhelohnkasse auf solche Weise allmählich begraben werden soll. Notwendig ist, daß etwas rascher gearbeitet wird. Es ist sehr wohl möglich, nebenbei auch eine Hinterbliebenenversorgung für die städtischen Arbeiter einzurichten.

Senator Dr. Fehling: Die Annahme, die Kommissionsarbeiten würden verzögert, ist irrig.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

Beim Antrag betreffend die Beschaffung eines zweiten Kohlenelevators für das Gaswerk II erklärt

Th. Schwartz, er setze voraus, daß die Beschaffung eines zweiten Elevators notwendig sei und die Summe von 16 000 Mk. zweckentsprechend angelegt werde. Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, das sind die Unstimmigkeiten, die zwischen Senat und Bürgerausschuß in dieser Frage herrschen. Ich stehe auf dem Standpunkt des Senats, daß hier eine Neuanschaffung vorgenommen werden soll, und daß die Summe aus Anleihemitteln genommen werden muß, während der Bürgerausschuß das Geld dem Erneuerungsfonds entnommen wissen will. Im Protokoll des Bürgerausschusses ist nicht begründet, wie er dazu gekommen ist, gegenüber dem Senat eine abweichende Stellung einzunehmen. Ist überhaupt so viel Geld im Erneuerungsfonds vorhanden, daß 16 000 Mk. herausgenommen werden dürfen? Wenn hier kein Präjudiz geschaffen werden soll, muß man sich auf den Standpunkt des Senats stellen und den Betrag aus Anleihemitteln nehmen. Ich kann mir nicht denken, wie hier Unstimmigkeiten entstanden sind.

Senator Dr. Lienau gibt hierüber Aufschluß, ist jedoch nur unzusammenhängend verständlich.

Scharff: Bei Abänderungsanträgen des Bürgerausschusses ist es nicht üblich, Begründungen beizugeben. Der Erneuerungsfonds ist der Nachfolger des Reservefonds; dieser Erneuerungsfonds ist reich genug, um die Summe zu tragen. Heute bin ich anderer Ansicht und pflichte dem Senat bei; auf den Bürgerausschußantrag brauchen Sie keinen Wert mehr zu legen.

Buchwald: Kleine Neuanschaffungen sollte man aus laufenden Mitteln nehmen, das ist ein Wunsch der Verwaltungsbehörde.

Der Antrag des Senats wird angenommen.

Beim Antrag betr. den Bau einer Straßenbahn Lübeck—Schwartau wünscht

Rosenquist, daß die verschiedenen Behörden mehr zusammenarbeiten. In der Königstraße und Pfaffenstraße hätte beim Legen der Straßenbahngeleise dann doch eine bessere Ecke geschaffen werden können.

Buchwald glaubt, das Interesse Schwartaus sei an diesem Bahnbau lebhafter wahrgenommen als dasjenige Lübecks. Der Vertrag mit Schwartau ist für Lübeck sehr ungünstig, die Schwartauer haben vorzüglich verstanden, ihr Interesse zu wahren. Die Unterbilanz ist sicher höher, als jetzt herausgerechnet wird, sie wird nicht 10 000 Mk. betragen, sondern viermal so viel. Auch der Garantievertrag ist nicht viel wert, denn Schwartau bekommt die Garantiesumme wieder zurück. Wenn so verfahren wird, dann kann jetzt auch Schlutup kommen und eine Bahn verlangen, es hat dasselbe Recht wie Schwartau, zudem ist es Lübecker Gebiet und hat industrielle und landschaftliche Vorzüge. Auch nach Kücknitz müßte dann die Bahn gebaut werden, wir könnten uns dem nicht entziehen. Der jetzige Präsident in Eutin hat allerdings zugegeben, daß in absehbarer Zeit keine Kleinbahn gebaut würde, aber der Präsident ist doch nur eine einzelne Person, die abberufen werden kann und der Nachfolger ist an diese Zusicherung nicht gebunden. Wenn Schwartau verlangt, einen 5-Minuten-

---

„Närrischer Mensch, kann es denn anders sein? Euer Häuschen steht leer, der Gerichtshalter will es vermieten, ich ziehe ein. Ihr kommt wieder, — ich ziehe aus und mache dem Besitzer Platz. Reden wir nicht weiter davon. Heute geht ins Wirtshaus, schlaft auf frischem Heu . . . . . und morgen nehmt Eure Sachen in Empfang."

„Ach, wenn ich nur nicht so arm wiederkäme, ärmer, als ich auszog, — und wenn ich mir's nur getraute . . . . ich möchte wohl . . . . aber, Fräulein Tieletunke . . . . ich weiß halt nicht . . . ."

„Anton, gib mir die Hand! Du bist ein gutes, ehrliches Herz! Damit genug! Geh' Deiner Wege, bis morgen. Suche den Herrn Kurator auf. Morgen räume ich Dein Haus Kein Wort weiter. Geh!"

„Sie hat mich verstanden", murmelte Anton im Gehen. „Und ich verstand sie auch. Sie weist meinen Antrag zurück, im Häuschen zu bleiben und mich wieder ziehen zu lassen! sie will dies Opfer nicht von mir annehmen; ihr Stolz hat sie noch nicht verlassen, auch in ihrer Armut nicht. Da bleibt mir für jetzt nichts übrig, als das Wirtshaus. Es war auch albern von mir, zu glauben, ich würde das Nest leer finden und mich gleich nur so hineinsetzen können. Es war eine indirekte Beleidigung gegen den Kurator meiner minorennen Erbschaftsmasse. Nein, solche Hotels läßt man nicht unbesetzt. Ha, ha, ich muß lachen, da steht Anton Hahn mitten in der Hauptgasse, in den Linden, dem Graben, den Boulevards von Liebenau, vor seinem eigenen Palaste, und kein Hahn kräht nach Herrn Hahn, kein Hund begrüßt ihn, kein Mensch kennt ihn mehr! Kämpfte nicht Wehmut mit mir wie mit einem schwachen Mädchen und trieb mir heiße Tränen ins Auge, da ich die lange Dorfgasse betrat? Und jetzt ist's wie weggeblasen, das süße, weiche Gefühl der Heimkehr; jetzt kommt die Wirklichkeit und schickt mich ins Wirtshaus, wo die Flegel bei Bier und Schnaps sitzen, Karten spielen; wo sie mich anstarren werden, wie die Kuh das neue Tor . . . ., und gute Nacht: süße Wehmut, sanfter Tränentau, Wonne des Schmerzes; gute Nacht alles, was Poesie heißt. Ich bin überzeugt, wende ich mich nach dem Kirchhofe, um meiner Alten Grab zu sehen und auf diesem die wohltätige Stimmung wiederzufinden, die ich brauche und wünsche, dann haben die Schuljungen das Gittertor aufgelassen, und ein Schwein liegt am Grabe und wühlt den Hügel mit schmutzigem Rüssel auf. — Da macht Tieletunke den Fensterflügel zu; ich bin ihr mit meinem Anblick zur Last, wie es scheint. Wohlan, ich kann auch anderswo diese erbaulichen Selbstgespräche fortsetzen. Und darum will ich, um nur gleich das Schlimmste hinter mir zu haben, das Dorf entlang zum Herrn Kurator gehen, mich bei ihm anmelden, wie sich gebührt. Bei dieser Gelegenheit werfe ich im Vorübergehen auch ein Blickchen nach dem alten, lieben Schloß. — Wer mag darin hausen? Hätte doch Fräulein Ottilie befragen sollen".

Und Anton ging langsam durchs Dorf, voll Erwartung, wer von alten Bekannten ihm begegnen, wer der erste sein werde, der ihn erkenne, der sich seiner erinnern möge. Doch wie er seine Augen forschend rechts und links, hinüber und herüber nach Häusern und Hütten sendete, . . . nirgend kam ihm ein menschliches Wesen in den Wurf. Alles wie ausgestorben.

Endlich überholte er den völlig zusammengekrümmten, uralten Tischler Fiebig, denselben, der damals den Sarg für den schwarzen Wolfgang geliefert: der Greis schlich am Stabe so langsam fort, daß er sich kaum vom Flecke zu bewegen schien. Dabei war er fast erblindet. Anton sprach ihn an: „Wohin des Weges, Väterchen?"

„Aufs Schloß, Landsmann; aufs Schloß."

„Und so allein, ohne Führer?"

„Sind alle vorauf, konntens nicht erwarten."

„Was denn? Gibts was zu sehen?"

„Die neue Herrschaft halt!"

„Die neue Gutsherrschaft hält ihren Einzug? Also ist Liebenau wieder verkauft worden?"

„Der Herr von der Helfft ist verstorben, Landsmann, draußen weit weg. Hat viel Prozesse hinterlassen! Sie haben Akten geschrieben, multum; multum viel, Landsmann. Vor acht Tagen war Verkaufstermin. Hoch fortgegangen: Hundert fufzig Tausend. Viel Geld das, aber gleich deponiert, pure Pfandbriefe. Reicher Kerl, der Käufer!"

„Wie heißt er denn?"

„Weiß nicht! Weiß niemand. Hat sich nicht benamset. Sein Affenkate ist mit Vollmacht gekommen, General-Spezial-Vollmacht. Heute wird er sich zeigen. Alle neugierig im ganzen Dorfe. Sagen, es wäre ein Fremder, einer aus der neuen Welt. Kurios, ob er ein schwarzes Gesicht hat. He? Wollt Ihr mitkommen, Landsmann?"

„Meinetwegen, ich will Euch unterstützen, Väterchen, dann gehts rascher".

Sie eilten, so geschwind wie Antons Beihilfe den Urgroßvater Tischler fortschieben konnte, aufs Schloß. Am Einfahrtstore des Hofes, und diesmal vollkommen deutlich und sicher, daß er sich nicht täusche, erblickte Anton wiederum Schkramprls Peterl, der, sobald er ihn erblickte, wie ein Pfeil in den Hofraum hineinschoß. (Fortsetzung folgt.)

Betrieb einzurichten, muß man dem Folge leisten; aber in der eigenen Stadt kann man die Verwaltung nicht dazu bringen, für Marli den 5-Minuten-Betrieb einzurichten. Wenn Schwartau alle Unterbilanzkosten trägt, werde ich trotz schwerer Bedenken für die Vorlage stimmen, aber nur dann, wenn ich eine klipp und klare Antwort vom Senat erhalte. Im Interesse des Staatswohls würde es übrigens liegen, diese Vorlage in vertraulicher Sitzung zu verhandeln.

Wortführer Dimpker: Wenn Sie den Antrag stellen und er findet genügende Unterstützung, kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Buchwald stellt einen solchen Antrag, der genügend unterstützt wird.

Darauf wird die Öffentlichkeit bei den weiteren Verhandlungen ausgeschlossen.

Nach weiterer mehrstündiger Beratung wird der Senatsantrag mit einigen Abänderungen im Vertrag mit der Gemeinde Schwartau angenommen.

Schluß gegen 12 Uhr.

Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen.

Dresden, den 9. Juli.

Die Vorversammlung am Sonntag wurde mit einigen begrüßenden Worten durch den Vorsitzenden der geschäftsführenden Kasse, Fräßdorf-Dresden, eröffnet. Die schon mitgeteilte Tagesordnung wurde mit einigen unwesentlichen Änderungen gutgeheißen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Die Anpassung der Ortskrankenkassen an die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, der den Kongreß in der Hauptsache ausfüllen dürfte, werden folgende Einzelreferate gehalten:

Behördenorganisation, Aufsicht, Rechtshilfe und Strafvorschriften.
Referent: Justizrat Dr. Meyer-Frankenthal.
Umfang der Versicherung.
Referent: Bureauvorstand Frenzel-Dresden.
Gegenstand der Versicherung.
Referent: Kassenvorsitzender Witti-München.
Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten.
Referent: Albert Cohn-Berlin.
Träger der Krankenversicherung; Kassenverbände.
Referent: Pollender-Leipzig.
Die Verfassung.
Referent: Gräf-Frankfurt a. M.
Das Beamtenrecht (Dienstordnung).
Referent Justizrat Dr. Meyer-Frankenthal.
Verwaltung der Mittel, Verhältnis zu den Ärzten 2c.
Referent Starke-Dresden.
Besondere Berufszweige.
Referent Albert Cohn-Berlin.
Haushaltplan und innere Einrichtung.
Referent Frenzel-Dresden.

Unter lebhafter Zustimmung erklärt Fräßdorf, daß es sich auf dieser Jahresversammlung nicht darum handele, die R.-V.-O. zu kritisieren, sondern zu beraten, wie man sich mit der Materie abzufinden habe.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Bericht des Tarifamtes und Entschließung über die fernere Gestaltung der Tarifgemeinschaft, liegt ein Antrag vor, zur Vorbereitung eine neungliedrige Kommission zu wählen. Nach längerer Debatte wird dieser Antrag angenommen. Die geschäftsführende Kasse hat den Antrag gestellt, die Tarifgemeinschaft auf zwei Jahre zu suspendieren. In die Kommission werden von Arbeitgeberseite 3, von Arbeitnehmerseite 6 Vertreter gewählt; außer diesen Vertretern nehmen die Vertreter des Tarifamtes und der geschäftsführenden Kasse an den Vorberatungen teil.

Als Vorsitzende des Kongresses werden Fräßdorf-Dresden, Witti-München, Zoller-Köln (Arbeitgeber), als Schriftführer Heiden-Frankfurt a. M., Riem-Dresden, Eichstädt-Weimar und Wittrock-Hamburg ernannt.

Damit ist die Vorversammlung geschlossen.

Dresden, den 10. Juli 1911.

Der Kongreß des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands wurde am Montag morgen unter zahlreicher Beteiligung eröffnet. Es sind etwa 800 Delegierte erschienen. Vom Reichsversicherungsamt ist der Regierungsrat Dr. Happe, vom sächsischen Ministerium des Innern und der Landesversicherungsanstalt Herr Geheimrat Krische, von der Kreishauptmannschaft Dresden ist Regierungsrat Freiherr von Ferber, von der Stadt Dresden der Stadtrat Dr. Reinhardt anwesend. Ferner sind Vertreter österreichischer und ungarischer Krankenkassenverbände auf dem Kongreß erschienen.

Der Vorsitzende Fräßdorf eröffnete im Auftrage der geschäftsführenden Kasse Dresdens den Kongreß und weist nach der Begrüßung der Behörden auf die wichtige sozialpolitische Tätigkeit des Zentralverbandes hin. Trotz aller Verleumdungen haben die Vertreter der Krankenkassen in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet; sie würden das auch trotz der Reichsversicherungsordnung in Zukunft tun. Es sei eine wahrhaft soziale und nationale Tat, die breiten Massen des Volkes wirtschaftlich, sozial und sittlich zu heben. Es wäre jetzt nicht an der Zeit, Kritik zu üben, man müsse sich vielmehr mit den Bestimmungen des neuen Gesetzes abfinden. Redner bespricht dann das Verhältnis zu den Ärzten. Diese wären mit der R.-V.-O. nicht zufrieden, weil sie nicht auf ihre Rechnung gekommen sind. Die Ärzte drohen den Kampf gegen die Krankenkassen an, aber die Kassen würden diesen aufnehmen, sie werden mit allen Mitteln die Rechte der Versicherten wahren. Redner hoffe, daß die Kassen dabei die Unterstützung der Behörden haben werden.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kauffmann, erklärt, daß das Reichsversicherungsamt bestrebt sein werde, mit den Krankenkassen zusammen zu arbeiten. Er hoffe, daß ein gutes Einvernehmen zwischen Krankenkassen und Reichsversicherungsamt in Zukunft vorhanden sein werde. — Stadtrat Dr. Reinhardt begrüßte den Kongreß im Namen der Stadt Dresden und würdigte die große Bedeutung der Krankenversicherung.

Justizrat Meyer-Frankenthal referierte über den Aufbau der Behörden-Organisation. Der Kampf sei nun vorüber, die Freunde einer großzügigen sozialen Versicherung hätten eine Niederlage erlitten. Die Vertreter der Krankenkassen hätten bisher Großes für den Ausbau der Krankenkassen geleistet, sie würden das sicher auch in Zukuft weiter tun. Redner bespricht dann die einschlägigen Paragraphen der R.-V.-O. in instruktiver Weise. U. a. weist er darauf hin, daß die Aufsichtsbehörde kein Recht habe, den Beamten und Angestellten religiöse oder politische Gesinnung vorzuschreiben. In der Debatte bekundet ein Vertreter aus Darmstadt, daß dort ein Vorsitzender einer staatlichen Betriebskrankenkasse einen Arbeiter in die untere Verwaltungsbehörde geschickt hätte, der weder lesen noch schreiben könne. Das zeuge davon, wie die höheren Beamten ihre Aufgabe auffassen.

über Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten spricht der Rendant der Berliner Kaufmännischen Kasse, Albert Cohn, in einem von großen sozialen Gesichtspunkten getragenen Referat. Die Veröffentlichungen des Fabrikarbeiterverbandes über die gesundheitlichen Zustände in den chemischen Fabriken zeigten, wie schlimm es da aussehe. Es sei notwendig, daß die Krankenkassen ihre Aufmerksamkeit ganz besonders der Wöchnerinnenunterstützung zuwenden. Die Sterblichkeit der Säuglinge und die Erkrankung der Wöchnerinnen sei eine außerordentlich starke. Redner empfiehlt auch den Ausbau der Krankenkassenkontrolle und die Beteiligung der Frauen daran. Ferner sei es notwendig, Ausstellungen über die Gefahren des Alkoholismus, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten zu veranstalten. Auch der Wohnungsfrage müsse außerordentliche Aufmerksamkeit zugewendet werden. — Die Ausführungen des Referenten werden von der Versammlung mit großer Aufmerksamkeit und mit stürmischem Beifall aufgenommen.

In der Debatte weist der Delegierte Knorr-Sonneberg auf das Beispiel der Sonneberger Kasse hin, die den freien Ausschank von Milch in Walderholungsstätten vorgenommen habe.

über den Gegenstand der Versicherung spricht Witti-München. Er schildert die Schwierigkeiten, den Ausbau der Leistungen durchzuführen. Es fehle da in der Hauptsache an dem großen Geldsack. Im übrigen tritt aber auch er für möglichsten Ausbau ein.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wird der Kongreß um 2 Uhr geschlossen. — Dienstag nachmittag findet eine Besichtigung der Genesungsheime statt.

Die Generalaussperrung im schwedischen Baugewerbe.

Nach 1½jähriger Pause beginnen nunmehr in Schweden neue Riesenkämpfe. Die Bauunternehmer hatten die geltenden lokalen Tarifverträge zum 31. März d. Js. gekündigt. Die Unternehmer unterbreiteten den Arbeiterorganisationen einen neuen einheitlichen Mustervertrag für sämtliche Berufe und Orte, der bis zum 31. März 1916 Geltung haben sollte und eine sehr empfindliche Herabsetzung der Löhne vorsah. Die eingeleiteten Verhandlungen konnten zu keinem Resultat führen, da die Arbeiter bei den rapid steigenden Lebensmittelpreisen es rundweg ablehnen mußten, einen fünfjährigen Vertrag für das ganze Reich ohne jegliche Lohnerhöhung abzuschließen, geschweige denn, Lohnreduktionen in Kauf zu nehmen. Als dann am 31. März die bisherigen Verträge abgelaufen waren, ordnete die Leitung der Unternehmerorganisation an, daß ihre Mitglieder in den einzelnen Orten von da an den vorgelegten Unternehmertarif in Anwendung bringen sollten. Die Arbeiter weigerten sich daraufhin, weitere Verhandlungen mit den Unternehmern zu pflegen, solange nicht jene Anordnung der Unternehmerzentrale für das Baugewerbe zurückgezogen würde. Da das nicht geschah, wurden die Verhandlungen abgebrochen und die Arbeiter warteten ab, inwieweit die Unternehmer zur Aussperrung greifen würden oder nicht. Die Absicht der Unternehmerzentrale war ursprünglich, ohne Unterschrift der Verträge von Seiten der Arbeiter nicht arbeiten zu lassen. Aber in einer Konferenz der Delegierten der verschiedenen Branchenverbände des Baugewerbes wurde der Beschluß gefaßt, vorläufig nicht auszusperren. In der Zwischenzeit haben nun die Arbeiter in Oerebro, sowie die Maler in Stockholm bei ihren Unternehmern die Forderung erhoben, die von der Unternehmerzentrale geführten Verträge zurückzuziehen und die alten Verträge bis auf weiteres zu prolongieren. Die Unternehmerzentrale hat daraufhin den Beschluß gefaßt, ab 10. Juli das gesamte Baugewerbe Schwedens stillzulegen, sodaß nach den Berechnungen der bürgerlichen Presse an diesem Tage etwa 40 000 Arbeiter auf der Straße liegen würden.

Der staatliche Vergleichsbeamte in Stockholm hatte in letzter Stunde die Parteien nochmals zu einer Verhandlung herbeigerufen, um, wenn möglich, den drohenden Kampf abzuwenden. Da die Unternehmer aber jegliches Entgegenkommen nach wie vor ablehnten, endeten die Verhandlungen erfolglos. Die Arbeiter machten den Unternehmern das Zugeständnis des fünfjährigen Vertragsabschlusses, während die bisherige Vertragsdauer nur 2 bis 3 Jahre betrug. Dafür verlangten sie zunächst Zurücknahme aller angekündigten und vorgenommenen Lohnherabsetzungen und eine Lohnerhöhung für einzelne Branchen innerhalb der fünfjährigen Vertragsperiode. Der staatliche Vergleichsbeamte hatte daraufhin einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der im wesentlichen enthielt: Arbeitszeit und Arbeitslöhne bleiben die gleichen wie bisher, die Vertragszeit beträgt 5 Jahre, ab 31. März 1914 wird eine Lohnerhöhung in einigen Orten der Provinz von 1 bis 2 Oere pro Stunde zugestanden. Weiter hatte der Vergleichsbeamte aber den Unternehmern eine größere Konzession gemacht, es sollte ihnen freistehen, anstelle dieser Lohnerhöhungen im Frühjahr 1914 eine Gesamtrevision der Verträge zu fordern, sofern sie rechtzeitig die Verträge am 31. März 1914 kündigten. Das bedeutete, daß wohl für die Arbeiter ein fünfjähriger Vertragsabschluß vorgesehen werden sollte, die Unternehmer aber, falls die Konjunktur für sie günstig wäre, die Möglichkeit hätten, schon 1914 den jetzt abzuschließenden Vertrag über den Haufen zu werfen. Auf solche Abmachungen glaubte ein wesentlicher Teil der Arbeiter nicht eingehen zu können, so die Bauhilfsarbeiter, die Eisen- und Metallarbeiter und die Holzarbeiter, die es rundweg ablehnten, auf einer solchen Grundlage mit den Unternehmern Verträge abzuschließen. Aber auch die Arbeiter der übrigen Bauberufe haben wenig Neigung, sich in der Weise dem Unternehmertum auszuliefern. Die Unternehmer haben dagegen diese Vergleichsvorschläge angenommen, ein Beweis dafür, wie ausgezeichnet ihre Interessen in den Vergleichsvorschlägen des genannten staatlichen Vermittlers gewahrt waren. — Die Aussperrung wird also demnach am 10. Juli perfekt werden. Die Arbeiter zweifeln zwar daran, daß es den Unternehmern gelingen wird, 40 000 Arbeiter auszusperren. Aber auch wenn diese Zahl nicht ganz erreicht wird, handelt es sich um einen großen Kampf von jedenfalls längerer Dauer. Über die Stellung der schwedischen Landeszentrale, die nunmehr um ihre Unterstützung angegangen werden wird, ist zurzeit noch nichts bekannt.

Eine Riesenaussperrung in Norwegen!

Die Zentralorganisation der norwegischen Unternehmer hat soeben angeordnet, daß am 8. Juli alle Arbeiter der Sägemühlen, Hoblereien, Zellulose- und Papierfabriken und Holzschleifereien, insgesamt 16 000 Personen, ausgesperrt werden. Am 15. Juli sollen folgen: Sämtliche Arbeiter der Eisenindustrie, der elektrischen Installationsfirmen, sowie die Arbeiter einiger Papierfabriken, die am 8. Juli noch nicht ausgesperrt werden konnten. Insgesamt werden also am 15. Juli 32 000 Arbeiter in 235 Industriebetrieben ausgesperrt sein.

Die Ursache dieser Aussperrung bildet der Konflikt im norwegischen Eisenerzbergbau. Bereits im vorigen Jahre waren zwischen den organisierten Bergarbeitern und zwei Gruben Firmentarife abgeschlossen worden. Die zentrale Unternehmervereinigung weigerte sich indes, diese Tarife zu sanktionieren, „weil die Löhne sowohl zu hoch, als zu detailliert waren.“ Anstatt dessen kündigte die Unternehmervereinigung sämtliche Bergwerksverträge. Die eingeleiteten Verhandlungen wurden von den Unternehmern endlos in die Länge gezogen, bis am 16. Mai schließlich das Landessekretariat der Gewerkschaften bei der endgültigen Feststellung der Forderungen der Bergarbeiter erklärte, noch einmal die Verhandlungen aufnehmen zu wollen unter der Voraussetzung, daß sie bis zum 8. Juni abgeschlossen sein würden. Die Unternehmer erwiderten darauf, daß jegliches weitere Entgegenkommen ihrerseits ausgeschlossen sei. Daraufhin reichten die Bergarbeiter, etwa 3000, ihre Kündigung ein, worauf die Androhung der Aussperrung erfolgte. Die Versuche, die auch von anderer Seite gemacht worden sind, um den Kampf zu verhindern, scheiterten an der Haltung der Unternehmer.

Die Forderungen, die von den Arbeitern gestellt werden, belaufen sich in der Regel auf 5 Öre Lohnerhöhung pro Stunde. Die bisher üblichen Stundenlöhne betragen zwischen 18 bis 45 Öre pro Stunde. Den 18-Örlohn verlangen allerdings die Arbeiter auf 27½ Öre erhöht, in einem Falle sogar auf 30 Öre, während die Unternehmer nur 22 bezw. 23 Öre bewilligen wollen. Im übrigen betragen die Zugeständnisse, die von den Unternehmern gemacht worden sind, in der Regel 2 bis 2½ Öre pro Stunde. In den meisten Fällen aber wollen sie die bisherigen Löhne auf eine längere Vertragsdauer festgelegt wissen, in einzelnen Fällen verlangen sie sogar Lohnreduktionen. Die Zugeständnisse sind den Arbeitern zu geringfügig gewesen, sodaß der Kampf nicht mehr zu umgehen war.

Die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften, die diesen Kampf zu führen hat, umfaßt zurzeit etwa 50 000 Mitglieder in den verschiedensten Industrien des Landes. Das Sekretariat der Landesorganisation fordert in einem Aufrufe die organisierte Arbeiterschaft des Landes auf, die ausgesperrten Arbeiter zu unterstützen. Es werden neben den regulären Beiträgen noch öffentliche Sammlungen im ganzen Lande veranstaltet werden. Außerdem wird von der Landeszentrale von jedem nichtausgesperrten Mitglied der norwegischen Gewerkschaften ein obligatorischer Extrabeitrag von einer Krone pro Woche bis auf weiteres erhoben. Die Arbeiter werden weiter in dem Aufrufe aufgefordert, während des großen Kampfes einig zusammenzuhalten, überall für die Aufrechterhaltung der Ruhe zu sorgen und jeglichen Genuß alkoholischer Getränke zu unterlassen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ergebnislose Verhandlungen mit der Schichauwerft in Danzig. Seit 13 Wochen stehen nun schon etwa 1500 Streikende und Ausgesperrte im Kampf; nicht ein einziger Streikbrecher hat sich bisher gefunden. Der Kampf muß noch fortgesetzt werden, da in dieser Woche stattgefundene Verhandlungen ergebnislos waren. Herr Prof. Schüler, ein in den Kreisen der Danziger Bürgerschaft hochangesehener Mann, hatte sich um Vermittlung an den Oberbürgermeister gewandt, um den Streik zur Beendigung zu bringen. Darauf haben unter Vorsitz des Oberbürgermeisters und Hinzuziehung von sieben Streikenden Verhandlungen stattgefunden. Der Direktor der Werft, Herr Carlson erklärte, grundsätzlich weder Lohnerhöhungen noch Verkürzungen der Arbeitszeit bewilligen zu können. Die Streikleitung beschloß darauf, den Streikenden die Fortsetzung des Kampfes zu empfehlen. Ein anderer Beschluß wäre auch unmöglich, da die Erbitterung in den Arbeiterkreisen darüber, daß der vielfache Millionär keine 30 Pfg. Stundenlohn bezahlen will, so stark war, daß ohne jedes Zugeständnis es zu einer Einigung nicht kommen kann.

Die Berliner und Leipziger Buchdrucker zu den Beschlüssen der Gauvorsteher-Konferenz. Eine Delegiertenversammlung der Berliner Buchdrucker, die sich Freitag abend mit den Vorgängen bei der Firma Scherl befaßte, nahm eine Resolution an, in der ausgesprochen wird, daß die Versammlung die Resolution der Gauvorsteher nicht anerkennen könne, da die Konferenz zu keiner gerechten Würdigung der Berliner Vorkommnisse gekommen sei, indem sie sogar das Urteil des Tarifamts als verständlich bezeichnete, womit dem Vertrauensmännerinstitut der stärkste Schlag versetzt worden sei. — Eine Versammlung der Leipziger Buchdruckergehilfen erklärte Freitag abend sich mit den Beschlüssen der Gauvorstände nicht einverstanden. Die Versammlung sieht in den Beschlüssen einen Bruch mit den bisherigen Gepflogenheiten zur Interessenvertretung der Gehilfenschaft.

Lithographen und Steindrucker. Die Firma Schäfer u. Kirsch in Schkeuditz bei Leipzig sucht Ersatzkräfte für ihr Personal, das den Betrieb verlassen hat, aus weit entfernten Gegenden heranzuziehen. Die Differenz ist aber nicht beigelegt. In Gera scheiterten die Verhandlungen an dem geringen Entgegenkommen der Unternehmer, sodaß der Ausstand begonnen hat. Wir warnen alle Lithographen und Steindrucker vor Stellungannahme in den gesperrten Firmen.

Bäckerstreik in Leipzig. Die Leipziger Bäckergesellen fordern von ihren Meistern: Beseitigung von Kost und Logis, Minimalwochenlohn von 23 Mk. bei täglich 11stündiger Arbeitszeit, im ersten Jahre der Beschäftigung 3 Tage und nach einem vollen Jahre Beschäftigung eine Woche Ferien. Über den ersten Punkt eine Einigung zu erzielen, war in wiederholten Verhandlungen mit dem Innungsvorstand nicht möglich; die Herren wollten nur den verheirateten und den Gesellen über 24 Jahre Kost und Logis aus dem Hause gewähren. So mußten die Verhandlungen scheitern und am 7. Juli beschloß eine öffentliche Gesellenversammlung mit 588 gegen 49 Stimmen die sofortige Arbeitsniederlegung. Bis zur Versammlung hatten 24 Bäckermeister, die zusammen 39 Gesellen beschäftigen, die Forderungen bewilligt, während 590 Gesellen im Streik stehen. 200 Gesellen arbeiten in den drei Konsumbäckereien und in Brotfabriken zu besseren als den von den Kleinmeistern geforderten Bedingungen.

Aus Nah und Fern.

Deutscher Rundflug. (Letzte Etappe Halberstadt-Berlin.) Wegen ungünstiger Witterung fand, wie gestern berichtet, auf Beschluß der Sportkommission der Abflug für die letzte Flugstrecke Halberstadt—Berlin (203 km), der für Sonntag angesetzt war, erst Montag früh statt. Es starteten König um 3 Uhr 31, Vollmöller um 3 Uhr 34, Büchner um 3 Uhr 36 und Laitsch um 3 Uhr 43. Büchner ist um 4 Uhr 46 in Dessau eingetroffen und um 5 Uhr 1 nach Berlin weitergeflogen. König traf um 5 Uhr 1 in Dessau ein und flog um 5 Uhr 30 wieder auf. Laitsch ist in Dessau um 5 Uhr 4 eingetroffen und um 6 Uhr 3 weitergeflogen. Vollmöller mußte wegen eines kleinen Motordefekts

kurz hinter Halberstadt niedergehen. Er ließ seinen Monteur aus Halberstadt kommen. — In Johannisthal landete unter dem tosenden Beifall einer großen Menschenmenge Büchner als erster um 6 Uhr 45. König passierte 8 Uhr 88 das Zielband, Vollmöller landete 8 Uhr 40 auf dem Flugplatz Johannisthal. Laitsch ist unterwegs niedergegangen, weil sein Motor aussetzte. Für die drei Preise von 40 000 Mk., 25 000 Mk. und 10 000 Mk. kommen König, Vollmöller und Büchner in Betracht.

Gekentertes Schiff. Aus Königsberg i. Pr. wird gemeldet: Der von Memel mit Holz nach Kiel abgegangene Gaffelschoner „Prinz Carolath“ ist bei dem Sturm am Sonntag gekentert. Drei Mann der Besatzung wurden durch den Dampfer „Magdalene Fischer“ gerettet, der vierte ist ertrunken.

Sturmwetter in Berlin. In der Nacht zum Sonntag hat in Berlin ein heftiger Sturm gewütet. Es wurden erhebliche Schäden angerichtet. Ladenschilder wurden abgerissen und auf den Fahrdamm geschleudert, Ziegelsteine wurden von den Dächern abgehoben und dadurch zahlreiche Passanten in Gefahr gebracht. In den Forsten kam es zu einem starken Windbruch. Auf den Seen wurden durch die Fortdauer des Unwetters während des Sonntags zahlreiche Ruderboote zum Kentern gebracht. Auf den Feldern wurde das Getreide strichweise umgelegt.

Warnung vor der Abonnentenversicherung. Die Abonnentenversicherung, die eine Reihe bürgerlicher Blätter eingeführt haben, ist von uns schon des öfteren als Schwindel gekennzeichnet worden. Es handelt sich bei diesen Versicherungen um nichts weiter, als um Lockmittel, mit denen man Abonnenten einzufangen hofft. Jetzt berichtet die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (ein Zentrumsblatt) über einen Fall, der für unsere Behauptungen einen neuen Beweis liefert. Es handelt sich um die leider auch in Arbeiterkreisen noch vielgelesene Zeitschrift „Nach Feierabend“. Im Februar 1910 verunglückte ein Nachtwächter durch Feuer. Der Mann wurde morgens tot aufgefunden. Der Verunglückte war auch bei „Nach Feierabend“ „versichert“! Die Witwe machte deshalb auch gegen dessen „Lebensversicherungsgesellschaft“ (Nürnberger Lebensversicherungsgesellschaft) ihre Ansprüche geltend. Diese legte jedoch dar, daß sie nach den Versicherungsbedingungen nicht zahlungspflichtig sei, denn nur, wenn der Mann durch „plötzliche, gewaltsame, mechanische Einwirkung“ den Tod gefunden, käme für sie eine Zahlungspflicht in Betracht. Es sei ganz selbstverständlich, daß die Gesellschaft gar nicht alle Unfälle entschädigen wolle, deshalb seien in den Bedingungen durch bestimmte Klauseln die Begriffe, was ein entschädigungspflichtiger Unfall sei, eingeengt. Das Gericht mußte die Frau mit ihren Ansprüchen ebenfalls abweisen; denn obwohl ein Betriebsunfall vorlag, fehlten doch die besonderen Bedingungen, auf die es bei diesem Unfall ankam. So ist also die Witwe um die Prämie des „Feierabend“ gekommen. — Bei dieser Gelegenheit wollen wir nochmals auf einen andern Vorfall hinweisen, der ebenfalls außerordentlich kennzeichnend für die Zeitschrift „Nach Feierabend“ ist. Der Herausgeber des „Feierabend“, Kommerzienrat Meyer-Leipzig, hatte gegen die „Dortmunder Arbeiterztg.“ einen Beleidigungsprozeß angestrengt, weil diese Zeitung einen Bericht über die Verurteilung des Meyer zu 800 Mark Geldstrafe wegen unbefugten Betriebs eines Versicherungsgeschäfts, wegen Sterbegeldgewährung, brachte, und an dem Betrieb des „Nach Feierabend“ eine scharfe Kritik übte. Auf Antrag des Verteidigers beschloß das Gericht, den Wahrheitsbeweis zuzulassen, wonach das Unternehmen „Nach Feierabend“ ein schwindelhaftes sein sollte. Dem Kommerzienrat Meyer wurde aufgegeben, seine mit der Nürnberger Lebensversicherungsbank abgeschlossenen Verträge bei Gericht einzureichen, damit sie durch die Sachverständigen nachgeprüft werden könnten. Dieser Aufgabe ist der Privatkläger bezeichnenderweise nicht nachgekommen, trotzdem er durch eine weitere gerichtliche Verfügung nochmals dazu aufgefordert wurde, worauf Einstellung des Verfahrens gegen beide Angeklagte auf Kosten des Privatklägers erfolgte. Herr Meyer hat lieber die immerhin beträchtlichen Kosten gezahlt und von seiner mit großem Aufwand erhobenen Privatklage Abstand genommen, als seine Verträge mit der Nürnberger Lebensversicherungsbank dem Gericht zur Prüfung vorzulegen. Dieses Verhalten des Herrn Kommerzienrats beweist besser als alles andere, was es mit dem Versicherungsrummel des „Feierabend“ auf sich hat. Wenn ihm Gelegenheit gegeben wird, das nachzuweisen, was in den prahlerischen Prospekten versprochen wird, dann — schweigt man sich aus! Es sei also jeder Arbeiter gewarnt!

Die staatsgefährliche Fahne. Der Verein ehemaliger Fremdenlegionäre in Mülhausen i. Els. besitzt eine rot-weiß-blaue Vereinsfahne, die bisher bei Umzügen anstandslos mitgeführt worden ist. Die Behörde hat nunmehr das öffentliche Mitführen dieser Fahne verboten mit der Begründung, daß sie rot-weiß-blau sei und das öffentliche Tragen dieser Farben nicht geduldet werden könne.

Grubenunglück bei Dortmund. In Brücherhof bei Dortmund ereignete sich in dem von der Zeche „Admiral“ für die Untersuchung von Flözen angelegten Stollenbetrieb ein schwerer Unglücksfall. Als die Bergleute Schleenkamp aus Benninghausen und Vogel aus Hörde in dem 60 Meter tiefen Stollen beschäftigt waren, sauste plötzlich ein Förderwagen in die Tiefe. Schleenkamp wurde sofort getötet und Vogel lebensgefährlich verletzt.

Geständige Mörder. Aus Dortmund wird berichtet: Der wegen Raubmordes an einem ausländischen Arbeiter zum Tode verurteilte Arbeiter Jakobowsky, der bisher die Untat geleugnet hat, legte am Sonntag dem Gefängnisgeistlichen ein Geständnis ab, daß er seine Frau und seinen Freund fälschlicherweise beschuldigt hat. — In Frankfurt a. M. wurde ein 17jähriger Chauffeur verhaftet, weil er verdächtig ist, die Frau Walter in Niedermörlen ermordet zu haben. Er gestand das Verbrechen ein. Sein Komplize, ebenfalls ein Chauffeur, ist entflohen.

Schutz vor Schutzleuten? Als nachts in Wattenscheid zwei Schutzleute die Bergleute Maluk und Frank, die auf der Straße lärmten und die wiederholten Ermahnungen der Beamten mit ironischen Bemerkungen beantworteten, festnehmen wollten, hieb Maluk mit seinem Stock von hinten auf die Schutzleute ein, die nunmehr von der Waffe Gebrauch machten. Dem Bergmann Maluk wurde ein Handgelenk abgeschlagen und durch einen unglücklichen Hieb die Schädeldecke gespalten, so daß er nach zehn Minuten starb. Der Bergmann Frank flüchtete.

Schwerer Automobilunfall. Aus Velbert wird gemeldet: Sonntag morgen fuhr auf der Straße nach Werden ein mit fünf Personen besetztes Automobil, als es einem anderen Automobil ausweichen wollte, gegen einen Baum. Die Insassen, alle aus Velbert, wurden herausgeschleudert. Drei sind tot, einer liegt im Sterben, während der fünfte schwer verletzt ist. Das Automobil ist zertrümmert, es war von dem Chauffeur einer in sehr vergnügter Stimmung befindlichen Gesellschaft ohne Vorwissen des Besitzers zur Verfügung gestellt worden.

Bubenstück. Zwischen Aschaffenburg und Hanau wurde gegen den in voller Fahrt begriffenen D-Zug München—Frankfurt a. M. am Sonntag ein Stein geschleudert. Der Stein traf den Lokomotivführer an der Stirn, sodaß er bewußtlos auf der Maschine zu Boden sank. Der Heizer führte den Zug weiter bis Hanau.

Dreifacher Selbstmord. In Hohenstein-Ernstthal hat sich ein überaus trauriges Vorkommnis, dem vier Menschenleben zum Opfer gefallen sind, zugetragen. Eine Hebamme, die in einer Familie zu einer Entbindung zugezogen war, hatte ein Fläschchen mit Lysol in eine Stube gestellt. Ein drei Jahre altes Kind muß aus dem Fläschchen getrunken haben und starb bald darauf infolge Vergiftung. Den Vorfall nahm die Hebamme sich so zu Herzen, daß sie selbst, ihr Ehemann und die 20jährige Tochter ebenfalls Gift nahmen. Montag morgen wurden alle drei in der Wohnung tot aufgefunden.

Wahnsinnstat einer Mutter. In Ludwigshafen am Rhein hat sich eine Familientragödie abgespielt, die den Tod zweier Menschen zur Folge hatte. Dort fand der Schreiner Schemenau, als er nach Hause kam, seine Wohnung verschlossen vor. Als er nach vergeblichem Klopfen die Wohnungstür erbrach, fand er seine Frau und seinen vierjährigen Knaben erhängt vor. Die Frau hatte in einem Anfall von Geistesstörung erst den Knaben und dann sich selbst erhängt.

Zwei Personen ertrunken. Auf dem Achensee bei Innsbruck kenterte bei stürmischem Wetter ein Kahn, in dem zwei Angestellte des Hotels Scholastika saßen. Beide ertranken, ehe Hilfe möglich war.

Versteigerung einer ganzen Stadt. In Tavistock, einer kleinen Stadt in der englischen Grafschaft Devonshire, hat vor wenigen Tagen der Auktionsverkauf von einigen 700 Grundstücken des Ortes begonnen. Diese Versteigerungsobjekte, die ganze Straßen von Geschäftsgebäuden, Hotels und Restaurants, Hunderte von Arbeiterhäuschen, Villen und Miethäusern jeden Genres umfassen, gehören dem Herzog von Bedfort, der nun gute Preise für seinen Besitz zu erzielen scheint. Der Verkauf der Grundstücke und Bauplätze dürfte volle zwei Wochen in Anspruch nehmen. Außerdem gehören dem Herzog weit über 8000 Morgen Landbesitz in der Umgegend von Tavistock. Für die Auktion dieser 166 Farmen sind weitere vier Tage angesetzt worden. Ein großes Gut bei Lanceston hat bereits für 1800000 Mark und eine Farm bei Plymouth für 700000 Mark einen Käufer gefunden. Hieraus ist ungefähr zu ersehen, über welche ungeheure Reichtümer ein britischer Herzog verfügt. Die Quelle dieser Millionen zu ergründen, dürfte nicht schwer sein.

Schwerer Unfall bei einer Jagd. Mehrere Jäger, die in Pavitz bei Halle am Elsterufer auf Wildenten jagten, trafen, als sie auf einen aufsteigenden Entenschwarm schossen, eine Gruppe Kinder, die hinter Schilf verborgen lagen. Vier Kinder wurden durch Schrotschüsse verwundet, darunter drei Geschwister. Eines der Kinder wurde schwer verletzt in die Hallesche Klinik übergeführt.

Auf den Spuren der Entführer des Ingenieurs Richter. Wie aus Saloniki gemeldet wird, ist die erste, unter dem Befehl von Hamid Bey zur Verfolgung der Entführer des Ingenieurs Richter von Kokinople aufgebrochene Abteilung nach mehrtägigem anstrengenden Suchen auf sichere Spuren Richters gestoßen. Hamid Bey berichtet, er hoffe in einigen Tagen Richter befreien zu können, falls keine unvorhergesehenen Zwischenfälle einträten.

Einsturz eines Straßenteils. In der Szondygasse in Budapest, in der ein starker Verkehr von Lastwagen stattfindet, stürzte plötzlich der Straßenkörper in einer Länge von 20 Metern ein, wodurch eine 25 Meter tiefe Kluft gebildet wurde. Die Röhren der Wasserleitung brachen, die elektrische und die Gasleitung wurden zerstört. Mehrere zur Zeit des Einsturzes über die Stelle fahrende Lastwagen stürzten mit den Fuhrleuten und Pferden in die Tiefe. Die Leute wurden durch die Feuerwehr herausgeholt; mehrere von ihnen sind schwer verletzt. Die Pferde sind ertrunken. Der Einsturz wird auf das Erdbeben vom 8. Juli zurückgeführt.

Ein furchtbarer Brand brach am Sonntag in Zaandamm aus. Eine Familie, bestehend aus Vater, Mutter und vier Kindern, verbrannte. Neun Häuser fielen dem Brande zum Opfer.

Ein Zwischenfall. Aus Ymuiden wird telegraphiert: Als der Dampfer „Alster“, nach Hamburg bestimmt, die hohe See gewinnen wollte, und den Dampfer „Rynstroom“, an dessen Bord sich ein Militärposten befand, passierte, forderte der Posten die „Alster“ auf, Halt zu machen. Da das Schiff der wiederholten Aufforderung nicht schnell genug nachkam, wurden auf die „Alster“ ein Dutzend Schüsse abgegeben. Verwundet wurde niemand.

Angetriebene Leiche. Aus Juist wird unter dem gestrigen Tage gemeldet: Heute vormittag ist am Herrenbadestrande der Insel die Leiche eines Insassen des am 25. Juni verunglückten französischen Ballons „Andromede“ angetrieben. Ob es sich um den Luftschiffführer Blondel oder um den Mitfahrer Corbin handelt, steht noch nicht fest.

Opfer der Hitze. Sonntag herrschte in London wieder eine ungewöhnliche Hitze. Man konstatierte Temperaturen bis zu 36 Grad Celsius. Viele tausende Personen verließen gegen Abend London, um am Wasser ein wenig Kühlung zu suchen. Die Eisenbahn war dem Ansturm des Publikums kaum gewachsen. Gegen 30 000 Personen beförderte sie an die Küsten des Atlantischen Ozeans. In Cowes auf Wicht stieg die Hitze bis auf 33 Grad, eine Temperatur, die hier noch nie festgestellt wurde. In Brighton zeigte das Thermometer zeitweilig 30 Grad Celsius. In der Provinz fielen der Hitze drei Personen zum Opfer. — In Lyon sind im Laufe des Sonntags infolge der großen Hitze 40 Personen vom Hitzschlage getroffen. Ein Fall verlief tödlich, während neun andere Personen in sehr bedenklichem Zustande ins Hospital geschafft werden mußten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Beim Einkauf von **Margarine** verlange man ausdrücklich die erstklassigen Margarinemarken der Firma **A. L. Mohr** G. m. b. H., Altona—Bahrenfeld. Überall erhältlich!

Erscheint dreimal wöchentlich — **Bezugsquellen-Verzeichnis** — Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Richard Wagner, Reinfeld.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Augustenstr. 7. Tel. 1090.
H. Horenburg, Parkstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Weiß, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
H. Krüger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa“ J. Dettmann Beckergrube 51.
J. Lakhard, Warendorpstr. 21. Fischergrube 7.

Betten, Bettfedern
Richard Wagner, Reinfeld.

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 96. Fernspr. 1274.
Lübecker Hansa-Bier
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
F. Weiermiller Schwartauer Allee No. 3b.
Einerb. b. Meyenborg, Warendorpst.
Franz Langloh Schlutuper ff. Braunbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Bürsten, Kämme
F. Wichmann, Hüxstr. 46.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Paul Thiel, Beckergrube 31.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk“, Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Waschanstalt, Petzerstr. 1c.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Rath, Frister & Roßmann-Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. Lübecker Fahrräder.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Pätow, Dankwartsgr. 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
H. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

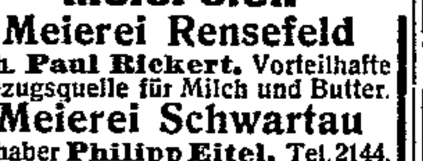
Kino-Salon
Biophon-Theater Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Heinr. Lohse, Johannisstr. 65.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
F. Volkstaedt, Ecke Fünfh. 33. Aufschnitt, Käse.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Steeh, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
J. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte


Meiereien
Meierei Rensefeld Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057. Erstes u. größtes Atelier mit billigen Preisen am Platze.
Th. Bruß, Reinfeld, Bahnhofstr.

Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen Adolf Borgfeldt, Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt.
Otto Eggers, Lübeck, Hüxstr. 43.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxtord. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!